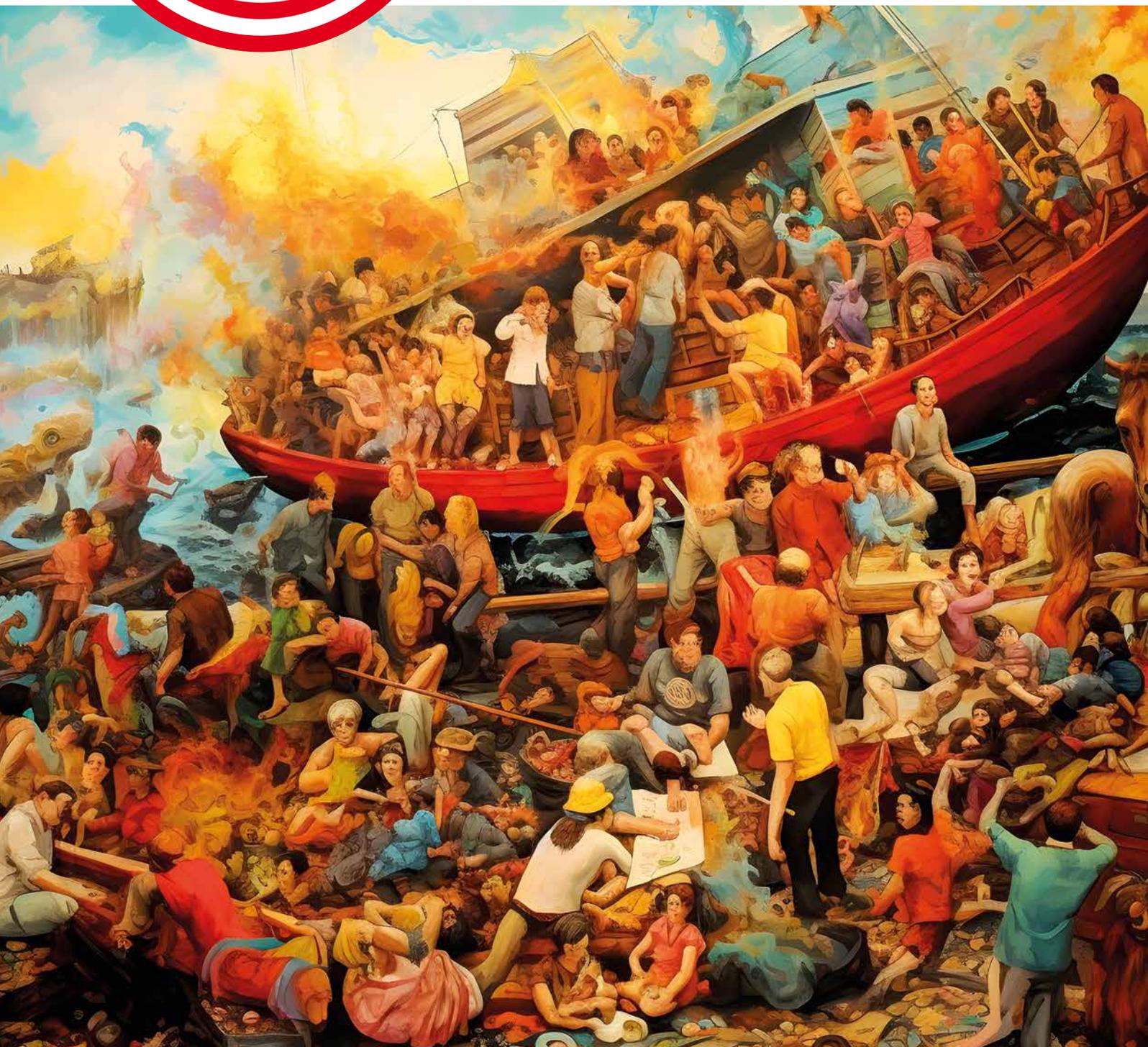




Liga-Magazin

Künstliche Intelligenz und
Menschenrechte – verträgt sich das?



Kann Künstliche Intelligenz Kunst erschaffen?

URTEILEN SIE SELBST!

Im aktuellen Liga-Magazin finden Sie auf einigen Seiten KI-generierte Bilder, etwa das Bild „Alltagstragödie“ auf dem Cover. Es zeigt ein brennendes Schiff, das die gleichgültige Reaktion der Menschen darstellen soll – was Sie sonst noch darin sehen, bleibt Ihnen überlassen, vielleicht Bosch, vielleicht Breughel? Die Bilderzeugung basierte auf Deep-Learning-Modellen, die in der Lage sind, Bilder zu generieren, die einem Text entsprechen. Trainiert wurden die Modelle mit Millionen von beschlagworteten Bildern, die nach bestimmten Begriffen gefunden werden: Entsteht Kunst?

In Bezug auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Kunst kommt jenen Fragen, mit denen sich das Heft auseinandersetzt, spezielle Bedeutung zu.

Allem voran bräuchte es auch hier wohl Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Gestaltungsvorgangs, nicht zuletzt um billige Plagiate auch als solche zu enttarnen. Aber auch die Art und Weise, nach welchen ethischen Kriterien etwa bei der Einbeziehung fremden geistigen Eigentums vorgegangen wird, ist offenzulegen. Ist die Sammlung und Abmischung vorhandener Texte oder Bilder ein kreativer Prozess, vergleichbar mit dem oft quälenden Schaffensprozess einer Künstlerin oder eines Künstlers? Schließlich ist auch die Persönlichkeit des/der Schaffenden zutiefst involviert, und macht erst das den ideellen und künstlerischen Wert aus.

Und letztlich ganz wichtig für uns: die menschenrechtliche Sicht. Besteht nicht die große Gefahr der Fortschreibung alter Diskriminierungsmuster?

Viele Fragen, die einer verantwortungsvollen Diskussion harren.

Einige der Bilder (siehe rechts) wurden uns vom Wiener Kommunikationsdesignbüro „Gebrüder Pixel“, Philipp Pieh-Sandpeck und Lukas Kränkl, zur Verfügung gestellt.

Infos und Shop:
kuenstlerische-intelligenz.at
ki-kunstshop.at



1 The Last Generation
Finally (S. 35)

4 Cognitus
(S. 33)

2 Bourbon Street, Unter-
wasser-Fotografie (S. 39)

5 Die Flucht
(S. 31)

3 Die Natur fragt nicht
nach dem Weg (S. 39)

6 Alltagstragödie
(Cover)



BARBARA HELIGE

Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, ehemalige Präsidentin der RichterInnenvereinigung

Wiederum keine leichte Zeit. Die weltweiten Hiobsbotschaften reißen nicht ab. Auch wenn es in Österreich nicht um Leben und Tod geht, wird die Lebenssituation für viele bedrohlicher. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, ihren Alltag zu finanzieren, die Angst vor der Zukunft wächst. Umso wichtiger ist es, nicht in den Status der Hoffnungslosigkeit zu verfallen. Sicher, die Politik gibt – auch international – kein gutes Bild ab. Dennoch können engagierte Menschen einiges tun. So sind die Vielen zu erwähnen, die Flüchtende aus der Ukraine aufnehmen oder dabei unterstützen, in Österreich Fuß zu fassen. Auch Geldspenden sind willkommen und sehr hilfreich, sie ermöglichen karitativen Organisationen Hilfe vor Ort.

Nicht zu unterschätzen ist auch der von der Zivilgesellschaft immer wieder erzeugte Druck, um Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen. Zum Beispiel: Von der jungen Generation wird energisch für eine lebenswerte Zukunft gekämpft. Und die Armutskonferenz wird nicht müde, Verbesserungen für Armutsbedrohte zu fordern. Ohne diesen Druck wäre von der Politik wohl überhaupt nichts zu erwarten. In weiten Bereichen scheint die engagierte, in der Zivilgesellschaft organisierte Bevölkerung eine realistischere Sicht auf die Notwendigkeiten zu haben als die

zögerliche und kaum in die Zukunft weisende politische Repräsentanz. Verbunden ist das oft mit der Einsicht, gewissen Bereichen etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Seien es die Menschenrechtsverstöße im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Katar, seien es die unerträglichen Arbeitsbedingungen in weiten Teilen der Welt, die den überbordenden Konsum in Europa und den USA erst möglich machen. Und ganz aktuell: Alle reden von Künstlicher Intelligenz und deren Möglichkeiten. Unsichtbar bleiben die – nicht zufällig als „Geisterarbeiter*innen“ bezeichneten – Menschen, die als „clickworkers“ erst die Basis für die technische Revolution liefern. Sie arbeiten meist prekär, oft werden sie ausgebeutet. Ihre sozialen Rechte müssen gewahrt werden. Das Bewusstsein dafür ist noch ein zartes Pflänzlein, das gehegt und gepflegt werden muss.

Möglich ist das, indem man verantwortungsbewusste Menschen mit einer menschenrechtlich solidarischen Sicht auf die Welt er- und nicht entmutigt. Die weithin übliche Floskel, es sei unmöglich, die ganze Welt zu retten und gegen die globalen Kräfte gebe es keine Chance, ist nicht nur Gift für jegliche Anteilnahme, sondern stimmt so auch nicht. Im Gegenteil: Gerade die Menschen, die sich zivilgesellschaftlich organisieren, beweisen immer wieder, dass sich Einsatz lohnt – dadurch wurden große Erfolge erzielt. Gezeigt hat sich das etwa bei der Veranstaltung anlässlich 30 Jahre Wiener Menschenrechtskonferenz, an der junge Vertreter*innen aus aller Welt teilgenommen haben. Die Vernetzung, der Austausch mit anderen motivierten Menschenrechtsverteidiger*innen hat allen zusätzliche Kraft gegeben. Im Wissen: Gemeinsam sind wir stark. Und genau so ist es vor 30 Jahren hier in Wien gelungen, menschenrechtliche Meilensteine zu setzen.

Es geht also! Warum nicht wieder?

Barbara Helige

EDITORIAL



Nazar Bylik: „RAIN“ 2013,
Kiew, Ukraine
Bronze, Glas, Stein



MARION WISINGER
CHEFREDAKTEURIN

ZUR PERSON

Historikerin und Autorin,
2009 bis 2012 General-
sekretärin der Liga.
Vorstandsvorsitzende des Wiener
Forums für Demokratie und
Menschenrechte, Vizepräsidentin
des Österreichischen PEN-Clubs
und Beauftragte des „Writers in
Prison“-Komitees des
Österreichischen PEN-Clubs.
Trainerin in der politischen
Erwachsenenbildung.
zeitweise.at

V O R W O R T

Liebe Leser:innen,

wenn sich Politiker:innen der „schweigenden Mehrheit der normal denkenden Menschen“ bemächtigen, und sich als deren „kräftige Stimme“ ausgeben, hört auch die Liga für Menschenrechte ganz genau hin. Die Register, die hier gezogen werden, sind offensichtlich. Politische Statements dieser Art sind selbsterklärend, das macht sie eingängig, wirksam und gefährlich. So deutet der Halbsatz, „das wird man noch sagen dürfen“ an, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt sei, während politisch Andersdenkende, als „Minderheit“ bezeichnet, bedeutungslos gemacht werden sollen. Eine simple Methode, durch Polarisierung politische Diskurse lahmzulegen, und Termini der Menschenrechte missbräuchlich zu verwenden.

Der Liga ist es ein Anliegen, dass Grundrechte nicht instrumentalisiert und präsumtive Mehrheiten nicht als Argument gegen Klimaschutz oder geschlechtergerechte Sprache eingesetzt werden. Derlei Polemiken muss widersprochen werden, wie auch der diffusen Ortung der Mitte der Gesellschaft und ihren sogenannten „Rändern“, als auch den Angriffen auf Journalist:innen, die sich mit Korruption und Menschenrechtsverletzungen beschäftigen. An dieser Stelle danken wir Florian Klenk und der „Falter“-Redaktion für ihre ausgezeichnete recherchierten Reportagen und Berichte vor Ort, auf die sich der jährliche Menschenrechtsbefund der Liga beziehen kann. Nächtliche Abschiebungsaktionen von Kindern, Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen, Skandale wie im Staatsopernballett, Missstände in Haftanstalten – ohne freien Journalismus wäre die Arbeit der Liga nicht denkbar.

Der Angriffskrieg Russlands ist in den zweiten Sommer gegangen, Stellungskrieg und Bombardement

von Städten, Verminung von Landstrichen, Einsatz von Streubomben, Kriegsverbrechen und Hunderttausende Tote, wir sehen fassungslos zu. Die Kriegslogik verunmöglicht den Frieden, zuerst gewinnen, dann verhandeln, zuerst zurückgewinnen, dann erst verhandeln. Die vor 2014 errichtete Statue des ukrainischen Künstlers Nazar Bylik (siehe Bild links) richtet den Blick auf den Himmel, auf ihrem Gesicht ein Wassertropfen, Lebenselixier und Hoffnung.

Leider müssen wir in dieser Ausgabe über das Ableben unserer langjährigen und hochgeschätzten Vorstandsmitglieder der Liga für Menschenrechte, Erwin Riess und Volker Kier, berichten. Lesen Sie bitte die Nachrufe, es ist uns ein Anliegen, unserer Freunde zu gedenken, ihr Engagement und ihre Menschlichkeit in bester Erinnerung zu bewahren.

Die Ihnen vorliegende Sommerausgabe des Liga-Magazins greift die aktuelle Diskussion um die Künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte als Schwerpunktthema auf. Wir gendern unverdrossen (wie auch immer es gefällt), einmal mehr danken wir den Autor:innen, die uns ihre Beiträge zur Verfügung gestellt haben, dem Domus Verlag und unseren geschätzten Leser:innen für ihr Interesse.

Das Redaktionsteam wünscht einen erholsamen Sommer!

Mit besten Grüßen

Marion Wisinger,
Chefredakteurin

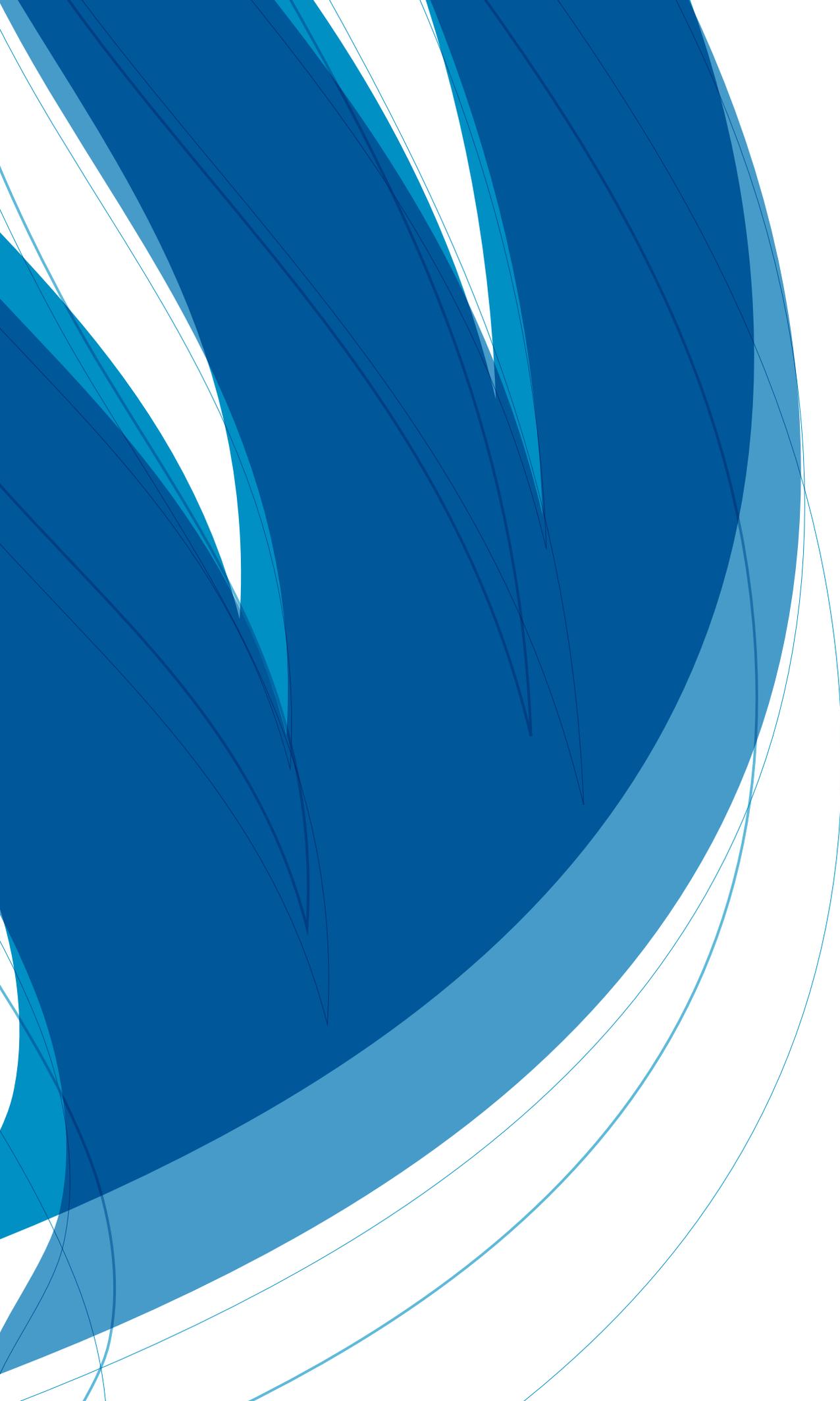
- 3 Barbara Helige: Editorial
4 Marion Wisinger: Vorwort
- 7 NEUES AUS DER LIGA**
8 Angelika Watzl: Das Generalsekretariat berichtet
9 Dietmar Dragarić: Die vierte Gewalt
10 Doron Rabinovici: Im Gedenken an Volker Kier
12 Marion Wisinger: Im Gedenken an Erwin Riess
14 Angelika Watzl: Eine Kinderparty für Klimaschutz-Rechte!
16 Florian Horn: UPR-Update: neue Kooperation und Unterstützung
- 17 MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH**
18 Bianca Kämpf, Andreas Kranebitter: Rechtsextremismus in Österreich
20 Martin Schenk: Wirksam gegen Armut
22 Barbara Helige, Angelika Watzl: 75 – 30 – 25 Jahre
24 Angelika Watzl: „Gekommen, um zu bleiben – Meet the Future“
26 Andrea Helige: Presseclub Concordia: unabhängig, kritisch, engagiert
- 27 SCHWERPUNKT DIGITALISIERUNG**
28 Reinhard Klaushofer: Künstliche „Intelligenz“ und Menschenrechte
32 Julia Haas: Hype mit Hirn
36 Andreas Wimmer, Adela Schneider: Hallo, Mensch, ich bin ein GPT-betriebener AI-Chatbot. Frag mich alles!
40 Marion Wisinger, Andrea Helige: Interview mit Florian Tursky
42 VAVBOT: Das Wiener Manifest für Digitalen Humanismus
- 45 INTERNATIONALES**
46 Andrea Helige: Ein Leben für die Menschenrechte. Interview mit Christian Reder.
50 Andreas Schieder: Demokratie in Europa unter Beschuss
52 Angelika Watzl: Die internationalen Ligen
53 Valerie Gruber: # brusselsnews: Warum wählen? Menschenrechte und das Europäische Parlament
54 Marion Wisinger: Interview mit Claus-Peter Reisch: Alle haben zugeschaut
56 Karin Fehr: Gablitz hilft! Die Liga ruft auf
58 Marion Wisinger: „Die Hölle und ihre Blumen“. Roman von Joan-Claudi Forêt
59 Alexander Sigmund: Vos vau parlar d'un país que vòl viure ...
60 Buchtipps
61 Veranstaltungstipp: Gesammelt um jeden Preis
62 Impressum

**ÖSTERREICHISCHE
LIGA FÜR MENSCHENRECHTE**

Möchten Sie für die Liga schreiben?
Wir freuen uns, wenn Sie Kommentare,
Statements, Leserbriefe und andere
Beiträge zu Menschenrechtsthemen an
die Redaktion schicken.

Einsendeschluss:
1. November 2023

wisinger@aon.at
Betreff: **Leserforum**



NEUES AUS DER LIGA 

Das Generalsekretariat berichtet

Nach einer genau einjährigen Karenz-Pause darf ich das Generalsekretariat wieder aus den fähigen Händen meines Vorstandskollegen Sebastian Öhner übernehmen und ihm vielmals für die großartige Arbeit danken, die er in dieser Zeit neben seinen vielen anderen Verpflichtungen geleistet hat. Nicht nur er, sondern auch die anderen Vorstandsmitglieder der Liga bringen sich ehrenamtlich und mit vollem Engagement in die Arbeit ein.

So hatten wir im April eine sehr produktive Klausur, bei der wir uns einen Tag lang Gedanken zur Zukunft der Liga gemacht haben – es war sehr spannend, wir durften voneinander lernen und miteinander Prioritäten setzen und Neues entwickeln. Erfreulich ist zu berichten, dass wir mit unserem Vorstandsmitglied Florian Horn über einen neuen Kassier verfügen, der sich dieser Aufgabe bereits sehr motiviert annimmt.

Inhaltlich beschäftigte die Liga dieses Jahr bereits ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, nämlich der Entwurf zur Errichtung einer unabhängigen Ermittlungs- und Beschwerdestelle bei Polizeigewalt. Eine solche Stelle einzurichten ist seit langem eine Forderung der Zivilgesellschaft. Der vorliegende Entwurf enttäuschte jedoch vor allem in Hinblick auf die mangelnde Unabhängigkeit der geplanten Beschwerde- und Ermittlungsstelle.

Die Liga hat, vertreten durch ihre Vorstandsmitglieder Barbara Helige, Florian Horn und Gottfried Korn, zu diesem Entwurf im Rahmen des parlamentarischen Begutachtungsverfahrens Stellung genommen

und mit fundierten Überlegungen einen Beitrag zur Verbesserung des Gesetzes geleistet – wir hoffen, er findet bei der Umsetzung Gehör. Die Stellungnahme kann auf unserer Homepage liga.or.at nachgelesen werden.

Zwei Projekte, die uns besonders große Freude bereitet haben, waren Menschenrechtsveranstaltungen mit jungen Menschen, zu denen wir unsere Mitglieder im Juni eingeladen haben: die Teilnahme an der UNO-Konferenz (siehe Berichte auf S. 22–23 dieser Ausgabe) und ein Menschenrechtsworkshop mit Schüler:innen des BG/BRG Rahlgasse (siehe S. 24–25).



DIE AUTORIN

Angelika Watzl

Studium der Rechtswissenschaften und der Internationalen Entwicklung, Stv. Leiterin der Rechtsberatung in Asyl- und Fremdenrecht für Diakonie Flüchtlingshilfe in Traiskirchen, Vorstandsmitglied und seit 2021 Generalsekretärin der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

KI-generiertes
Bild zum Thema
österreichisches
Parlament



1703 2023

Die vierte Gewalt

In seinem philosophischen Werk „Defense De L’Esprit Des Loix“ errichtete Montesquieu 1750 mit der Gewaltenteilung die Brandmauer gegen Despotie und Diktatur. Ohne den Begriff Gewaltenteilung zu verwenden, legt er im Staat drei Gewalten fest: Legislative (Gesetzgebung), Jurisdiktion (Rechtsprechung) und Exekutive (Regierungsgewalt). Sie dürfen sich nicht in der Hand einer Person befinden, da sonst die persönlichen und politischen Freiheitsrechte der Staatsbürger Gefahr laufen, durch den Herrscher eingeschränkt oder gar aberkannt zu werden.

Wie wir von der „Wiener Zeitung“ mit dem Gründungsjahr 1703 wissen, bildete sich ab dem 18. Jahrhundert in Europa eine Art vierte Gewalt heraus, die Meinungen und Standpunkte nicht nur in Clubs und kleinen Zirkeln oder im Parlament diskutierte und formulierte. Durch die Weiterentwicklung des Buchdrucks in Form einer Zeitung konnten Nachrichten und Ideen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Herrscher verschiedensten Zuschnitts versuchten, diese vierte Gewalt in ihren Dienst zu stellen, vor allem sollten die Mächtigen durch Zensur vor unliebsamer Kritik geschützt werden. Dies betraf nicht

nur Zeitungen, sondern jede Art von Publikation und Literatur. So waren beispielsweise in Frankreich die meisten Schriften Montesquieus zu seinen Lebzeiten zensuriert oder verboten, sowohl von Seiten des Staates als auch durch die Kirche. „De L’Esprit Des Loix“ stand sogar von 1751 bis 1967 auf dem Index der katholischen Kirche.

Mit der „Wiener Zeitung“ verfügte die Republik Österreich als Eigentümerin über ein Medium mit hoher Objektivität und vielfältiger Meinung. Die derzeitige Regierung schätzte dieses Printmedium jedoch nicht, das tägliche Erscheinen wurde mit Ende Juni ersatzlos eingestellt. Wie man einem Sarg Erde und Blumen nachwirft, so erhielt die „Wiener Zeitung“ noch den Kurt-Vorhofer-Preis 2023. Gregor Kucera von der „Wiener Zeitung“ führte in seiner Dankesrede für den Preis aus:

„Wir sind nicht so wie die derzeitige Politik, die ihre Macht erhalten will und alles dafür tut. Deren Verständnis von Medienpolitik nur Unverständnis bei allen hervorrufen muss. Die ihrer Spenden-Klientel dient und nicht dem Staat.“
(Kleine Zeitung, 26.5.2023, S. 2)

Durch die Vernichtung der „Wiener Zeitung“ wurde auch in Österreich, wie derzeit in vielen anderen Ländern, eine Bresche in die vierte Gewalt geschlagen. Die Republik verliert mit der Einstellung ihrer Zeitung eine engagierte, mutige, politische und menschenrechtliche Stimme.



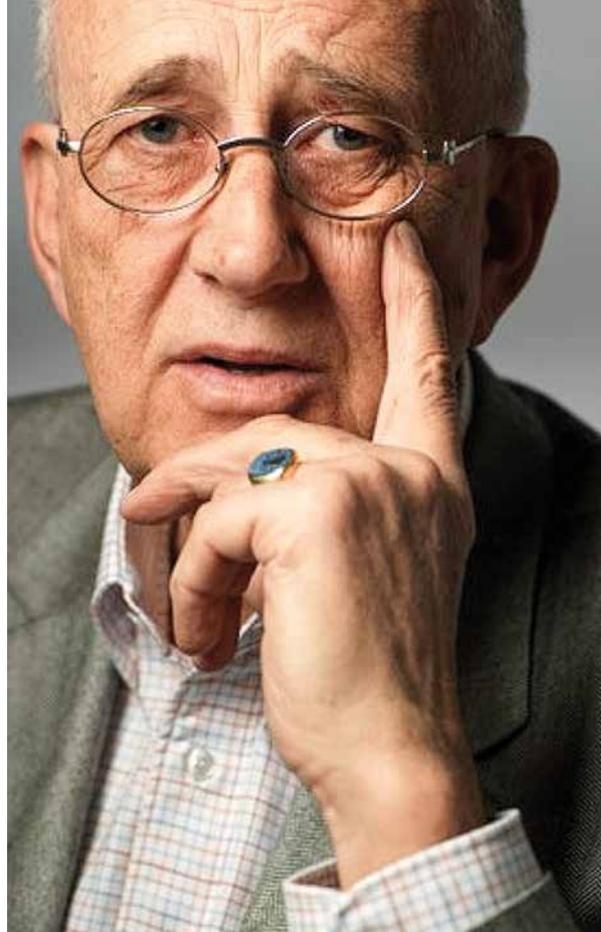
DER AUTOR

Dietmar Dragarić

Ehemaliger Direktor des Oeversee-Gymnasiums in Graz. Er ist langjähriges Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte und Leiter der Landesstelle Steiermark.

Letzte Worte für einen Großen

DORON RABINOVICI VERABSCHIEDET
SICH VON VOLKER KIER.



Volker Kier ragte hervor. In den Anfängen des Republikanischen Club – Neues Österreich tauchte er auf, eine besondere Erscheinung, denn er war ein anderer unter uns Anderen. Die Wahl von Kurt Waldheim und jene von Jörg Haider hatte zunächst nur übliche Verdächtige aufgerührt und zusammengewürfelt – Linksintellektuelle, jüdische Überlebende, trotzig-Alt68er und trotzkistische Studierende, zudem die allseits vertrauten Namen aus Kunst, Wissenschaft und Literatur. Volker konnte hingegen nicht anders, als den Bruch mit den Seinen zu vollziehen. Er verließ das eigene Lager 1986, da alle Hoffnungen, es für die liberale Demokratie zu öffnen, gescheitert waren, ohne in ein anderes überwechseln zu können. Er zog den Schlussstrich. Es war seine ganz persönliche Entscheidung gegen die Lügen und die Verleumdungen, gegen den Hass und die Hetze.

Volker war – wie so oft – ein Solitär und es war etwas distinguiert Apartes an ihm, wenn er – etwa im engli-

schon Tweed – im Amerlingbeisl, wo das Plenum des Republikanischen Clubs damals noch tagte, das Wort ergriff, dabei zwischendurch an seiner Pfeife sog, um alle mit einer Tour d’Horizon zur politischen Situation zu verblüffen.

Bei der Mahnwache für den österreichischen Widerstand trat er den Geschichtsfälschungen alter Wehrmachtsveteranen so entgegen, wie kein anderer hier es vermocht hätte. Seiner Stimme wohnte dann ein eigener Beiklang inne, denn er wusste, mit wem er es zu tun hatte. Er war ein sehr früher Dissident der Freiheitlichen und er war das – nicht nur durch seine Körpergröße – unübersehbare Beispiel dafür, was es heißt, ein eigenständiger Mensch zu sein, der sich nicht einschränken lassen will durch seine Herkunft, durch sein Umfeld, durch seine Zugehörigkeit oder durch die Parteimitgliedschaft. Volker bewies – immer wieder – die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung. In einem Österreich, das noch vom postnazistischen Proporz geprägt war, wurde Volker Kier zum Pionier eines neuen Bewusstseins,

das dem Individuum zum Recht verhelfen wollte. Noch sprach niemand von NGOs, da wurde er in ihnen bereits tätig. Das Wort Zivilgesellschaft war hierzulande weitgehend unbekannt, da war Volker schon ein Nukleus ihrer Entwicklung. Volker Kier war hervorragend.

Es war Silvio Lehmann gewesen, der Volker zum Republikanischen Club eingeladen hatte, denn sie kannten einander aus den Tagen der Jugendrevolte, wobei sie damals auf jeweils ganz anderer Seite gestanden waren. Volker stach hervor, nicht nur deswegen, weil er ein Meister der freien Rede war, doch dabei nie in Pathos oder in Furor verfiel, sondern im Gegenteil eine Rhetorik der Ausgewogenheit und der Sorgfalt pflegte. In seinen Texten – etwa in den „Kommentaren der Anderen“ – waren es seine Unbestechlichkeit und seine Genauigkeit, die mich immer wieder überzeugten. Er war ein subtiler Polemiker, der dabei nie untergriffig wurde.

Volker hatte zudem Verständnis für praktische Fragen, war gelernter



Jurist, konnte Bilanzen lesen, taugte deshalb zum Rechnungsprüfer und wer Rat suchte, war bei ihm gut aufgehoben. Vor allem war er ein Freund, der zuzuhören wusste.

Sein Engagement weitete er über die Jahre aus – ob im Vorstand von SOS-Mitmensch, in der Liga für Menschenrechte, bei „Asyl in Not“, im Kuratorium des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, in „Land der Menschen“, in zahlreichen überparteilichen Plattformen wie „Stimmen für Europa“ – für die Schwächeren, für die Bedürftigen, für die Ausgeschlossenen. Nie verriet er dabei die Grundwerte seiner liberalen Gesinnung. In ihm lebte der Aufbruchgeist des Revolutionsjahres 1848 fort.

Es war Michael Genner, der – wie er berichtet – Volker Kier bei einer Demonstration gegen die Koalition zwischen der Volkspartei und Haiders Freiheitlichen traf und ihn dort für „Asyl in Not“ gewinnen konnte. Volker wurde hier nicht nur zum Finanzkassier und später zum Ehrenobmann. Auf Volker Kier war immer Verlass, sobald die Lage schwierig wurde. Er blieb stets kritisch solidarisch und sprang Michael Genner in seiner Arbeit auch dann zur Seite, wenn der unter öffentlichen Druck geraten war.

Max Koch meinte einst zu Volker, er erinnere ihn durch seinen hohen Wuchs, seinen Habitus, seine stille Courtoisie, mit Anzug und Pfeife unweigerlich an Jaques Tati, worauf Volker sogleich – als hätte er seit jeher auf seinen Einsatz gewartet – den Monsieur Hulot des französischen Filmstars nachzumachen vermochte. Aber hatte Volker Kier nicht tatsächlich etwas von dieser schlaksig eigensinnigen und schlicht vornehmen Figur des Außenseiters gegenüber jeglicher zeitgeistigen Konformität und gegen alles Autoritäre? War da nicht dieser leise Schalk an Volker, der auch als Geläuterter nie ein Anhänger des allzu

Lauten wurde, sondern vielmehr ein Garant redlicher Lauterkeit?

Lieber Volker, wenn es darum ging, ein Mensch zu sein, warst Du da und fehltest nie als Freund. Umso mehr fehlst Du uns jetzt. Aber Du hast uns gezeigt, was es heißt, sich selbst zu befreien. Um Dir treu zu bleiben,

hast Du Dich verändert und Du hast uns allen vorgeführt, dass unser Weg nicht vorbestimmt ist. Wir sind es, die ihn wählen. Dein Beispiel bleibt auch in Zukunft eine Hoffnung für uns alle.

Rede von Doron Rabinovici, gehalten anlässlich der Verabschiedung von Volker Kier am 11. Juli 2023



Volker Kier und Heinrich Neisser: Reger Austausch beim Liga-Fest zu Heinrich Neissers 85. Geburtstag





Mit herzlichem Donaugruß!

EIN ANDENKEN AN UNSER VORSTANDSMITGLIED ERWIN RIESS



Österreichische Liga für Menschenrechte

Natürlich war er nicht auf Facebook, er twitterte nie und hatte auch keinen Sinn für politische Kommentare in den Echokammern. Doch die Nachricht über den Tod von Erwin Riess am 25. März dieses Jahres verbreitete sich innerhalb weniger Minuten. Viele meldeten sich zu Wort und erinnerten sich, posteten Fotos und Texte. Sie riefen einem Freund nach und mochten an Abschied nicht denken. Das Erschrecken darüber, dass man sich seiner Präsenz nicht mehr durch ein Telefonat vergewissern konnte, und das Bedauern, nicht mehr die Zeit gefunden zu haben, ihm zu begegnen, erfasste uns alle, die wir Erwin kennen durften. Der Nachruf war kein Ende, hatten doch viele Organisationen, so die Initiative Minderheiten, Bizeps – Zentrum für Selbstbestimmtes Leben und ebenso die Liga für Menschenrechte einen langjährigen Mitstreiter verloren.

Der Aktivist Erwin Riess, der sich für Menschenrechte einsetzte, der studierte Politologe und Theaterwissenschaftler, ein genauer Beobachter und scharfzüngiger Kommentator, wie auch der Schriftsteller, dessen literarische Figuren jeglichem Zeitungsgeist entgegentraten, wurde nun manchen, die ihn bisher nicht kannten, ein Begriff. Es hätte ihn gefreut, widerfuhr ihm doch zeitlebens das Schicksal eines Vielbegabten, dessen Rezeption sich die Aufmerksamkeit des Publikums teilen musste. Sein Vermächtnis wird nun einer erneuten und vielleicht noch aufmerksameren Lektüre zu unterziehen sein. Wir könnten mit der legendären Romanfigur, Herrn Groll, auf Reisen gehen, dem „Liebhaber der Binnenschiffahrt und Rollstuhlfahrer aus Notwendigkeit“, der seinem Begleiter, dem Dozenten, die Welt erklärt. Der historische Zusammenhänge abenteuerlich konstruierende Erzähler Riess recherchierte in vielen Milieus, etwa dem der ungarischen Pornoindustrie, wo Kinder mit Behinderung sexuell ausgebeutet

werden. In seinen wundersamen Groll-Romanen über Missstände und kriminelle Machenschaften zeichnete er ein mitunter erschreckendes Bild der Welt, über die er seine Protagonisten gekonnt philosophieren ließ.

Die Lebenszeit zu nützen war eines seiner persönlichen Themen. Eine in seinen Zwanzigern aufgetretene Erkrankung machte ihn zum Rollstuhlfahrer, dessen Wege oft genug beschwerlich waren, wenn ihm Barrieren aller Art den direkten Zugang verwehrten. Wer Erwin Riess in seinem Rollstuhl über eine Schwelle tragen wollte, erfuhr in einem Crashkurs, was Schutz vor Diskriminierung bedeutet: Bedingungen zu schaffen, die allen überall gleiche Möglichkeiten einräumen. Ausnahmen akzeptierte er nicht, dazu kannte er die Ignoranz der Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderung allzu gut. Es ging ihm nicht um „Hilfe“, sondern um die Umsetzung von strukturellen Maßnahmen, um selbständiges Leben und somit auch Fortbewegung sicherzustellen. In früheren Jahren als Referent für behindertengerechtes Bauen im Wirtschaftsministerium tätig, wandte er sich ab Mitte der 1990er-Jahre zunehmend der autonomen Behindertenbewegung und dem Schreiben zu.

In seinen Aphorismen, Pamphleten, fachlich versierten Leitartikeln und Kolumnen bediente er sich seines typischen Jargons sarkastischer Bemerkungen. Bestens informiert, hatte er Essenzielles zu sagen. Der Autor und Journalist Walter Famler bringt sein publizistisches Schaffen auf den Punkt: „Seit über dreißig Jahren übt Erwin Riess in Form von Romanen, Theaterstücken, Essays, Polemiken und Glossen Fundamentalkritik an den politischen ökonomischen Verhältnissen Österreichs mit Blickwinkel weit darüber hinaus.“ Er wollte uns noch vieles erzählen, und sein weiteres Leben an der Seite seiner Liebe in Pörschach verbringen. Nun ist Erwin Riess,

leidenschaftlicher Floridsdorfer und Flussuferbewohner, der sich in seinen Korrespondenzen stets mit „herzlichem Donaugruß“ verabschiedete, mit 66 Jahren verstorben.

Die Schmierenkömödie von der schulischen Inklusion

Viel hat sich auf diesem Feld in den letzten hundertfünfzig Jahren nicht geändert. In Österreich werden munter neue Sonderschulen eröffnet, dies unter flagranter Verletzung der Vorgaben der UN-Behindertenkonvention von 2008, welche nicht nur die Auflassung von großen Heimen, sondern auch das Verbot von aussondernden Schulen vorschreibt. Die Unterfertigung menschenrechtlicher Verträge geht der heimischen Sozialbürokratie und den politischen Spitzen leicht von der Hand, die Praxis hat niemanden zu interessieren. Während in Südtirol und Teilen Norditaliens behinderte Kinder der unterschiedlichsten Behinderungsarten und auch der unterschiedlichsten Schweregrade von Behinderung ausschließlich mit nichtbehinderten Kindern die Schulen besuchen, werden nördlich des Brenners behinderte und nicht-behinderte Kinder fein säuberlich getrennt. Damit kommt es für die Betroffenen auch zu einer eklatanten Einschränkung von Lebenschancen. Abgänger der Sonderschule tauchen nur in den seltensten Fällen auf dem ersten Arbeitsmarkt auf. Es gibt sogar einen Bezirk in Österreich, in dem die inklusive Schule seit Jahrzehnten ebenso durchgesetzt ist wie in Norditalien. Es handelt sich um den Bezirk Reutte. Das aber lässt die heimischen Schulbehörden kalt, niemand wendet dieses Best-Practice Modell auf andere Bundesländer oder die ganze Republik an. (...) Die Gewerkschaft der Sonderschullehrer sperrt sich seit Jahrzehnten hartnäckig gegen die Inklusion. Warum? Weil SonderschullehrerInnen besser bezahlt werden und einen bequemeren Berufsalltag haben, der damit zusammenhängt, dass sie an

den Pädagogischen Hochschulen erbärmlich schlecht ausgebildet werden. Von den Grundsätzen des Selbstbestimmten Lebens und der UN-Behindertenrechtskonvention haben diese Herrschaften ebenso wenig Ahnung wie von zeitgenössischen pädagogischen Konzepten. Das österreichische Haus der Diskriminierung hat viele Stockwerke.

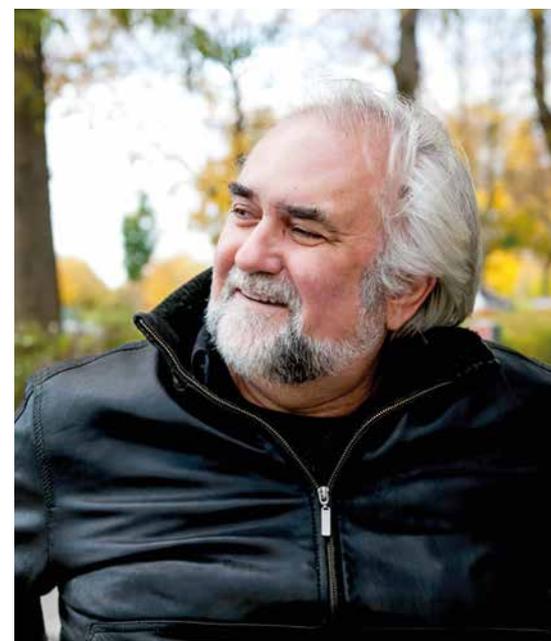
DIE SICHEL

Mit seiner letzten Arbeit, einem „Parcoursritt über den Wiener Kongress und die Erste Republik in die gegenwärtige Verdrückung Österreichs“, gelang Erwin Riess ein Meisterstück.

Nebenstehend ein Auszug des Textes „Vom Glück auf dem Feldherrenhügel. Austria as it is“, den er im April in der Alten Schmiede in Wien präsentieren sollte.

Vom Glück auf dem Feldherrenhügel. Austria as it is 2023. In: Die Sichel. Nr. 8. Wien, 2023

Freiexemplare: Senden Sie ein frankiertes, adressiertes Rücksendekuvert an die Alte Schmiede, Schönlaterngasse 9, 1010 Wien





Eine Party für Kinder-Klimaschutz- Rechte!



Wir haben Rechte! Aber was, wenn wir diese Rechte nicht einklagen können? Sind sie dann überhaupt etwas wert? – Das fragen sich die Aktivist:innen und Unterstützer:innen von Fridays For Future. Denn es fällt zunehmend schwer, cool zu bleiben. Dies mag mit dem heißesten Monat Juli seit Beginn der Aufzeichnung von Temperaturen zu tun haben, noch mehr aber mit der Zurückweisung der von zwölf Kindern und Jugendlichen eingebrachten Klimaklage durch den Verfassungsgerichtshof aus formalen Gründen. Die von Österreich bislang nicht umgesetzten Maßnahmen für Klimaschutz gefährden die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen, so die einhellige Meinung der Expert:innen.

Ein Stück vom Kuchen für jede und jeden!

Um darauf aufmerksam zu machen, dass in Bezug auf den effektiven Klimaschutz in Österreich schon viel zu lange nichts geschehen ist, protestierte Fridays For Future noch vor dieser Entscheidung gemeinsam mit zahlreichen Kinderrechtsorganisationen* und der Liga der Menschenrechte mit einer „Kindergeburtsparty“ am Ballhausplatz für den Schutz der Kinderrechte. Kinder und Jugendliche waren eingeladen, spielerisch Stationen zu erkunden, die alle mit der Klimaklage in Zusammenhang stehen. Zum Beispiel konnte man Papierflieger aus dem „unbrauchbaren“ Klimaschutzgesetz basteln, Briefe an die Politik schreiben, „Topfklopfen“ auf der Suche nach den Klimazielen, Puzzles bauen, denen ein Stein fehlt (nämlich der nicht vorhandene Klimaschutz) oder Riesenseifenblasen zum Bundeskanzleramt aufsteigen lassen mit dem Appell, die Zukunft der Kinder nicht wie eine Seifenblase platzen zu lassen. Außerdem gab es ein riesiges Straßenbrettspiel, auf dem man mit klimafreundlichen Maßnahmen (Tempolimit beschlossen)

weiterkommt, während man für mangelnden Klima-Einsatz (kein Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel) Felder zurückziehen muss.

Während die Kinder spielten, wurden daneben, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, die Fakten präsentiert: Sebastian Öhner von der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (und Vorstandsmitglied der Liga für Menschenrechte) präsentierte den Bericht der KJJA über die kinderrechtlichen Defizite im Kontext des Klima- und Umweltschutzes in Österreich. Michaela Krömer sprach über die oben erwähnte Klage, die beim Verfassungsgerichtshof anhängig ist und welche Auswirkungen es hätte, wenn sie zugelassen würde. Helmut Sax, Kinderrechtsexperte des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Grund- und Menschenrechte, betont die Dringlichkeit des Anliegens: „Nicht nur Kindern läuft die Zeit davon, auch uns als Gesellschaft insgesamt, wenn wir zwischen den Generationen solidarisch sein und unser Handeln sozial und ökologisch nachhaltig gestalten wollen.“

Während der Aktion am Ballhausplatz stand die Generationengerechtigkeit mittels einer riesigen Torte im Vordergrund. Diese stellte das verbleibende CO₂-Budget Österreichs zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits dar. Die Sprecherin von Fridays For Future Austria, Klara König, erklärte die Aktion wie folgt: „Das noch verbleibende CO₂-Budget wird gerade rücksichtslos von einer orientierungslosen Klimapolitik aufgegesen. Wenn es so weitergeht, gibt es bereits Mitte 2025 nichts mehr vom Kuchen. Das ist unfassbar ungerecht gegenüber jungen Generationen. Es ist klar: Kinderrechte und Klimaschutz sind untrennbar miteinander verknüpft.“ Angelika Watzl, Generalsekretärin der Liga, sagt dazu: „Es war klar, dass sich die Liga an dieser Aktion beteiligt und für Klimaschutz engagiert. Wir sehen Klimaschutz nicht nur als Menschenrecht an sich, sondern fehlender Klimaschutz trägt

auch zur Verletzung sehr vieler anderer Menschenrechte bei. Es braucht hier künftig ein Umdenken und endlich ein mutiges und entschiedenes Handeln der Politik!“

Eine Geburtstagstorte am Schluss durfte auch nicht fehlen. Es waren viele Kinder da, aber gereicht hat sie für alle – warum? Weil wir den Kuchen gerecht aufgeteilt haben!

* Kinder- und Jugendanwaltschaften, das Netzwerk Kinderrechte, CLAW – Initiative für Klimarecht, die Bundesjugendvertretung, Parents For Future, Teachers For Future, das Klimavolksbegehren





DER AUTOR

Florian Horn

Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte, Koordinator im UPR-Team. Studium der Rechtswissenschaften in Wien und Southampton, UK. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien. Rechtsanwalt in Wien. Lehrauftrag an der Universität Wien. Stv. Vorsitzender des Clubs der Sozialdemokratischen RechtsanwältInnen, Disziplinarrat und Rechtsanwaltsprüfer der Rechtsanwaltskammer Wien, Mitglied der Österreichischen Juristenkommission.

Wie in der letzten Ausgabe des Liga-Magazins angekündigt, hat sich die Liga die Aufgabe gestellt, 2023 den Midterm-Report zum UPR (Universal Periodic Report) gemeinsam mit großen Teilen der österreichischen Zivilgesellschaft zu organisieren. Wir sind derzeit dabei, den Bericht zu erarbeiten, nach dem Sommer werden wir ihn auch öffentlich vorstellen. Eines lässt sich leider bereits jetzt sagen: Die erzielten Fortschritte bewegen sich in einem sehr begrenzten Rahmen.

UPR-Update: neue Kooperation und Unterstützung

Besonders freut uns jedoch, dass wir nunmehr eine Finanzierung für das UPR-Tool und damit die laufende Beobachtung der österreichischen Menschenrechtssituation sichern konnten. Wir haben dieses Jahr neben der Einwerbung von Förderungen insbesondere eine Kooperationsvereinbarung mit der Volksanwaltschaft zum Menschenrechts-Monitoring abgeschlossen. Diese Finanzierung ermöglicht uns, neben der ehrenamtlichen Mitarbeit der Vorstandsmitglieder auch eine Forschungsposition innerhalb der Liga zu besetzen und das UPR-Tool nun nach und nach zu befüllen. Auf der Website des UPR-Tools liga.or.at/UPR wird es daher in den kommenden Wochen einige Neuerungen zu sehen geben.

Wir sind der Volksanwaltschaft und insbesondere Volksanwalt Mag. Bernhard Achitz für deren Bekenntnis zu einem wirkungsvollen Menschenrechts-Monitoring in den Händen der Zivilgesellschaft dankbar. Nur so konnten wir das Projekt – nach steigender Skepsis der zuständigen Regierungsstellen in Bezug auf die Finanzierung eines unabhängigen Monitorings – doch noch umsetzen.

Neben den bisher fehlenden laufenden Monitorings ist aus Sicht der Liga einer der größten Hinderungsgründe für eine erfolgreiche Umsetzung des UPR das Fehlen eines umfassenden strategischen Plans zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Österreich. Vieles bleibt kasuistisch und ist vom Engagement weniger Menschen abhängig. Die Liga vertritt schon lange die Ansicht, dass der UPR-Prozess innerstaatlich mit einem Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte kombiniert werden muss. Nicht von ungefähr war dies

auch eine wiederholte Forderung im 3. Zyklus des UPR an Österreich, zum Beispiel durch Georgien, Litauen, die Mongolei, Norwegen und Südkorea in den Empfehlungen Nr. 140.9 bis 140.15.

Die derzeitige Position der Bundesregierung, einen Nationalen Aktionsplan Menschenrechte quasi nur als Nachgedanken aus zufälligen ohnedies geplanten Projekten zusammenzustellen, entspricht diesen Anforderungen nicht. Wir hoffen, dass auch diese Skepsis zukünftig überwunden werden kann.

NEUE MITARBEITERIN!



Francisca Victoria Hernandez Osorio unterstützt das UPR-Team seit heuer bei seinen Recherchen, der Analyse der Menschenrechtssituation und der Befüllung des UPR-Tools. Sie hat einen Universitätsabschluss an der Universität Wien und studiert derzeit im Master-Studium „Applied Human Rights“ an der Universität für angewandte Kunst.



**MIENSCHENRECHTE
IN ÖSTERREICH** 



Holocaust-Mahnmal zum Gedenken an die mehr als 65.000 ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen

Im Spiegel der Verhältnisse

RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH: AKTUELLE ENTWICKLUNGEN LASSEN FÜR DIE ZUKUNFT NICHTS GUTES ERWARTEN.

Seit seiner Gründung vor 60 Jahren widmet sich das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) der Dokumentation und Erforschung von Widerstand und Verfolgung in der Zeit des Austrofaschismus und Nationalsozialismus auf der einen, von rechtsextremen und neonazistischen Akteur*innen und Aktivitäten der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart auf der anderen Seite. Schon in puncto disziplinärer Zuständigkeiten und Arbeitsteilungen passierte im DÖW daher seit den 1970er-Jahren geschichtswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Arbeit neben- und miteinander.

Die inhaltlichen Verschränkungen ergeben sich nicht zuletzt aus spezifischen Kontinuitäten: Unsere gesellschaftliche und politische Gegenwart

kann nicht ohne ihre Vergangenheit verstanden werden. Der etwa in der Gedenkstättenlandschaft oft verzweifelt gesuchte „Gegenwartsbezug“ ergibt sich in unserem Fall (unglücklicherweise) daraus, dass Rechtsextremismus ein strukturell verankertes Problem innerhalb der Gesellschaft darstellt und insbesondere sein Vorfeld in Form von Ideologien der Ungleichheit (allen voran Antisemitismus und Rassismus) sich keineswegs auf einen vermeintlichen „rechten Rand“ beschränkt. Gerade in Österreich werden jene Verhältnisse dadurch bestärkt, dass der Rechtsextremismus hierzulande auf einen bestimmten politischen und kulturellen Traditionsbestand zurückgreifen kann.

Das DÖW schlägt damit seit Beginn seiner Tätigkeiten 1963 Brücken in der Erforschung von Vergangenheit und Gegenwart ebenso wie zwi-

schen wissenschaftlichen Disziplinen. Die Aufarbeitung der (nationalsozialistischen) Vergangenheit kann nie abgeschlossen sein – neue Generationen stellen neue Fragen, Quellen tauchen erst jetzt auf oder sind erst jetzt zugänglich, blinde Flecken der Geschichtsforschung sind erst jetzt thematisierbar. Das erforschen wir gemeinsam mit anderen Institutionen in Projekten wie der Aufarbeitung der Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus oder in der beständigen Arbeit der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, die an das DÖW angegliedert ist und die justizielle Ahndung der NS-Verbrechen nach 1945 analysiert. Gleichzeitig werden die erwähnten Brücken perspektivisch immer schwieriger zu schlagen sein, denn die Bezüge der Gegenwart auf Vergangenheit und Aufarbeitung laufen mit den zunehmenden Abständen



der Jahrzehnte in Gefahr, verstärkt als Relikt des Vergangenen missverstanden zu werden.

Vor Herausforderungen stellen uns außerdem Entwicklungen, die es in vergangenen Jahrzehnten so noch nicht gegeben hat – allen voran die fortschreitende Technologisierung und darin besonders die zunehmende Bedeutung digitaler Räume (Social-Media-Plattformen) und ihrer individuellen sowie gesellschaftlichen Funktionen. Die extreme Rechte wusste bereits frühzeitig die technologischen Entwicklungen und Verschiebungen für sich zu nutzen. Neben der Reichweite auf ein globales und vielschichtigeres Auditorium sind es die jeweiligen Algorithmen und Modi der Plattformen selbst, die der einschlägigen Rhetorik und den Inhalten zugutekommen: Schnelllebige und oftmals verkürzte oder falsche Informationen und die Instrumentalisierung von Emotionen bieten die ideale Basis für rechtsextreme Strategien. Dementsprechend mag die ansteigende Agitation der extremen Rechten im digitalen Raum nicht verwundern. Aber auch auf der Straße ist ein Ansteigen rechtsextremer Aktivitäten zu beobachten – wie etwa die steigenden Zahlen rechter Tathandlungen oder Anzeigen bzw. Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz zeigen, verbunden mit polizeilichen Funden von Waffen und teils schweren Kriegsgeräten oder dem Aufdecken von Anschlagplänen.

Dieses Anwachsen rechtsextremer Aktivitäten geht in Zeiten multipler Krisen – wirtschaftliche Krisen, der von vielen als Krise erlebten Migrationsbewegung im Jahr 2015 und jüngst der Corona-Pandemie – mit einer besorgniserregend gesteigerten Akzeptanz in breiten Teilen der Gesellschaft einher, wie gegenwärtige Wahlergebnisse oder gesellschaftliche und mediale Diskurse verdeutlichen. Besonders die Pandemie verschaffte hiesigen Akteur*innen der extremen Rechten nicht nur breitere Bündnisse sowohl

personell als auch organisatorisch, sondern ermöglichte die strategische Verwertung durchaus legitimer Ängste und Verunsicherungen. Besonders anschaulich wurde dies im Zuge neuer „Sagbarkeiten“ und allen voran in der Zunahme antisemitischer Codes, wenn etwa von „den Globalisten“, „der Finanz-Elite“, dem „Great Reset“ oder dem „Großen Austausch“ gesprochen wird, sich mit Opfern des Holocausts verglichen wird oder NS-Verbrechen verherrlicht oder geleugnet werden.

Wir beobachten also eine erneute Radikalisierung im Rahmen verschiedener Krisen und gleichzeitig eine voranschreitende Normalisierung antisemitischer, rassistischer und rechtsextremer Narrative und Erklärungsmuster. Einen „Cordon sanitaire“ gibt es in Zeiten der durchgängigen Normalisierung rechtsextremer Positionen und der Gewöhnung an Diskursverschiebungen nach rechts weder bei manch etablierter Partei noch bei sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Wofür politische Parteien noch vor wenigen Jahren national wie international in Erklärungsnotstand gerieten, scheint heute jede Legitimierungsnotwendigkeit gefallen zu sein. Die Erklärung der FPÖ-Landesobfrau in Salzburg, ihr mit einem bekannten „Identären“ gemeinsam bildlich wiedergegebenes „White-Power“-Zeichen habe nur „OK“ bedeutet, schenkt man heute weithin Glauben – oder hinterfragt Behauptungen zumindest nicht weiter. Früher skandalisierte Äußerungen lösen heute kaum mehr Irritationen oder Diskussionen aus.

Im Spiegel dieser Verhältnisse und Zuspitzungen versucht das DÖW schließlich, nicht nur den bestehenden Rechtsextremismus und Neonazismus zu dokumentieren, sondern schon beim bereits erwähnten Vorfeld anzusetzen: Unsere Ansätze in der Vermittlungs- und Bildungsarbeit beinhalten nie nur



DIE AUTOR*INNEN

Andreas Kranebitter



Bianca Kämpf

Andreas Kranebitter ist Soziologe und Politikwissenschaftler und seit April 2023 geschäftsführender wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

Bianca Kämpf ist Mitarbeiterin der Sammlung Rechtsextremismus am DÖW und dort unter anderem in Pädagogik und Vermittlung zu Themen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Neonazismus tätig. Außerdem ist sie Teil der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit FIPU (www.fipu.at).

die Thematisierung an sich, sondern sind stets verbunden mit Konzepten der Prävention und Sensibilisierung gegen Ungleichheit.



Wirksam gegen Armut

SECHS ERFOLGREICHE INITIATIVEN, DIE ZEIGEN, WAS HILFT.

Was hilft wirklich gegen Armut? Was ist wirksam? Wir haben hier sechs Ansätze und Initiativen herausgesucht, die exemplarisch für gute Maßnahmen stehen.

Bedürfnisse sind nicht wie Pyramiden einfach aufeinander geschichtet. Bedürfnisse sind viel flacher vernetzt und organisch miteinander verbunden. Das Bild der Bedürfnispyramide mit ihren Rangordnungen ist sozialpsychologisch äußerst fragwürdig. Ressourcentheorien oder die Public-Health-Forschung haben die Bedürfnisleitern längst widerlegt. Auch Konzepte wie der Fähigkeitsansatz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen und der Philosophin Martha Nussbaum entwickeln eine mehrdimensionale Vorstellung von Bedürfnissen, die mit strukturellen und persönlichen

„Verwirklichungschancen“ verbunden sind. Würde diese Rangordnung der Bedürfnisse stimmen, dann könnten Straßenzeitungsverkäufer_innen keine Gedichte schreiben. Die Hierarchisierung der Bedürfnisse hat jahrzehntelang Modelle wie „Housing First“ verhindert, weil in Stufenleitern gedacht wurde. Bei „Housing First“ aber steht für Wohnungslose am Anfang die eigene Wohnung, nicht erst am Ende. Kein Hochdienen von unten nach oben, sondern es beginnt mit dem Ganzen, der Wohnung. Erfolgreiche Unterstützung zeichnet sich durch einen Ansatz aus, der die vielen Lebensdimensionen des Menschen gleichzeitig im Blick hat.

In Dänemark und Norddeutschland wurden Präventionsketten gegen Kinderarmut entwickelt. Man setzt bei den Entwicklungsherausforderungen des Kindes an und baut die

Unterstützungsmaßnahmen begleitend auf. Bei diesen geknüpften Präventionsketten sollen die einzelnen Kettenglieder verlässlich ineinandergreifen, damit die Kette nicht reißen kann. Es werden Unterstützungsnetze mobilisiert, die sozialstaatlich, institutionell, in der Gemeinde und der Community zu finden sind. Die sozialen Dienstleistungen sind hier besonders bedeutsam. Es beginnt immer rund um die Geburt und die Schwangerschaft im ersten Jahr mit den so genannten „Frühen Hilfen“, die Eltern multiprofessionell und auch sozialraumnahe unterstützen sollen.

Die Arbeitsplatzgarantie Marienthal bietet Langzeitbeschäftigungslosen mit Hauptwohnsitz in Gramatneusiedl einen Job an. Die Begleitangebote sind Vorbereitung, Arbeitstraining, Clearing, Orientierung, Qualifizierung. Erste Evaluierungs-



ergebnisse zeigen u.a. eine Verbesserung der finanziellen Situation und die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der Betroffenen.

„Mitgehn“: Stille Begleiter_innen gehen mit Armutsbetroffenen mit zu Behörden und Ämtern. Die Situation ändert sich, wenn statt zwei dann drei Personen im Raum sind. Wenn jemand einfach mitgeht, macht das große Unterschiede: für die Betroffenen, die nicht alleine bleiben, für die mitgehende Person, die Einblicke in oft unbekannte Lebenslagen bekommt, für die zuständige Person am Amt, die das eigene Verhalten stärker reflektiert. Besonders aber hilft es Personen in schwierigen Situationen. Durch diese Maßnahme werden Betroffene dabei unterstützt, besser zu ihren Ansprüchen zu kommen und Termine mit weniger Ängsten, Stress und psychosozialen Druck wahrzunehmen.



ZUR PERSON

Martin Schenk

Sozialexperte
der Diakonie und
Mitbegründer der
Armutskonferenz.
Träger des
Menschenrechts-
preises 2022.
armut.at.

Den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen gibt es in allen Ländern. Hierzulande ist er aber besonders ausgeprägt. Eine Möglichkeit, da gegenzusteuern, ist, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken besonders gut auszustatten, damit sie keine Schüler_innen zurücklassen und für mehrere Einkommenschichten attraktiv bleiben. Mit dieser schulpolitischen Intervention kann zwar die Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Wohngebieten nicht aufgehoben werden, die liegt ja in der Einkommens- und Wohnpolitik, aber es kann in den Schulen einiges verbessert werden. Die Niederlande, London und auch Kanada haben mit einem Chancenindex gute Erfahrungen gemacht. Mit einem solchen Sozialindex, der unter anderem Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern umfasst, würde eine Schule um einen bestimmten Prozentsatz x mehr an Ressourcen bekommen. In Toronto heißt das „Learning Opportunity Index (LOI)“. Wozu er dient, argumentieren die Kanadier so: „Die Schulen mit dem höchsten Wert haben die stärksten Herausforderungen zu bewältigen und brauchen daher die meiste Unterstützung.“

Der Kulturpass öffnet Musik, Theater, Kunst und Kultur für alle, die es sich gerade nicht leisten können. 2003 haben das Schauspielhaus Wien und die Armutskonferenz die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ initiiert, denn auch Menschen mit wenig Geld haben ein Recht auf Kunst und Kultur. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Er lebt auch von guten Beziehungen, tiefen Erfahrungen, Auseinandersetzung und Freundschaften. Kunst und Kultur können Überlebensmittel sein, die helfen, „den Atem nicht zu verlieren“, wie eine Betroffene formuliert hat. Damit schließt sich der Kreis. Erfolgreiche Armutsbekämpfung zeichnet sich durch einen Ansatz aus, der die vielen Lebensdimensionen des Menschen gleichzeitig im Blick hat.

75 – 30 – 25 Jahre

JUBILÄEN & IHRE LEBENDIGEN VERTRETER:INNEN



30 Jahre Wiener Menschenrechtskonferenz + VDPA

Dreißig Jahre nach der Wiener Menschenrechtskonferenz, diesem so bedeutungsvollen Ereignis, veranstaltete das österreichische Außenministerium eine zweitägige Konferenz unter dem Motto „Vienna World Conference 30 Years On: Our Rights – Our Future“, um sich mit der derzeitigen Situation auseinanderzusetzen. Den Auftakt bildete die „Vienna Youth Human Rights Defenders Conference 2023“, bei der 40 junge Menschenrechtsverteidiger:innen in Wien zusammentrafen. Verschiedene Programmpunkte wurden geboten, und auch ein hochkarätiges Symposium zum Thema „Protecting human rights for our shared humanity“, an dem die Österreichische Liga für Menschenrechte teilnahm. Ihre Vertreter*innen waren sowohl zum Symposium geladen als auch im Programm der Menschenrechtsverteidiger:innen involviert. Wir möchten einige Eindrücke aus diesen zwei Tagen mit unserer Liga-Leserschaft teilen:

Beim Symposium beklagte der Hochkommissar für Menschenrechte, der Österreicher Volker Türk, weltweit dramatische Rückschritte bei den Menschenrechten, wobei er beispielhaft die Situation im Sudan, in der Ukraine und in Afghanistan anführte. Aber auch zunehmende Frauenfeindlichkeit, oft verbunden mit Gewalt, ist weltweit mit größter Sorge zu beobachten. Diese Entwicklung hob auch Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi in einer der Paneldiskussionen hervor. Ebenso warf sie die Frage auf, wie mit terroristischen Regimes umzu-

gehen sei. Dabei kritisierte sie den Gefangenenaustausch, der kürzlich stattgefunden hatte, bei dem unter anderem zwei Österreicher gegen einen iranischen Terroristen ausgetauscht worden waren. Das würde das Regime im Iran darin bestärken, weiterhin Terroristen freizupressen, indem man Bürger:innen anderer Länder verhafte. So hätte in der Ära

Obama die USA 4 Mrd. US-Dollar für die Freilassung Gefangener bezahlt. Minister Schallenberg wies diesbezügliche Vorwürfe in der Diskussion zurück. Einigkeit herrschte schließlich auf dem Podium, dass es ganz entscheidend ist, dass Täter:innen, die Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.



Das „Menschenrechts-Picknick“ gab Zuversicht: Die Menschenrechtsverteidiger:innen stehen nicht allein!





25 Jahre UN-Sonderberichterstatter:in

Neben dem Hochkommissariat für Menschenrechte feiert dieses Jahr auch noch ein anderes Büro der UNO ein Jubiläum: Vor genau 25 Jahren wurde die Position eines:iner UN-Sonderberichterstatter:in über die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen geschaffen. Aus diesem Anlass versammelte die derzeitige Amtsinhaberin Mary Lawlor gemeinsam mit dem österreichischen Außenministerium bei einer Konferenz in Wien 40 junge Menschenrechtsverteidiger:innen. Es waren Vertreter:innen aus aller Welt zusammengekommen, zehn davon mit ihren Erziehungsberechtigten, weil sie noch zu jung waren, um alleine zu reisen; jedoch nicht zu jung, um bereits mit Morddrohungen gegen sich konfrontiert zu sein. Doch alle nahmen die langen Wege, die mühsamen behördlichen Hürden und das nicht unbeachtliche Risiko für ihre persönliche Sicherheit auf sich, um zu einer gemeinsamen Kon-

ferenz zusammenzutreffen und ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. „We demand a seat at the table“, sagt eine 17-jährige Palästinenserin und spricht damit für viele ihrer Mitstreiter:innen, die es als besondere Herausforderung bezeichnen, als Kinder und Jugendliche mit ihren wichtigen Themen ernst genommen zu werden. Die Themen, für die sie sich einsetzen, decken die gesamte Bandbreite der Menschenrechte ab und reichen vom Einsatz für die entführten und vergewaltigten Mädchen in Nigeria über Klimaschutz in Venezuela bis zum Einsatz für freie und faire Wahlen in Benin und zur Hilfe für Flüchtlinge bei Pushbacks an der polnischen Grenze. Viele hochrangige Persönlichkeiten sprachen ihnen Bewunderung aus und Mut zu: Volker Türk, Alma Zadić, Mary Lawlor und Alexander van der Bellen würdigten ihren Einsatz und bestärkten sie darin. „Die Anfeindung, die ihr von politischer Seite erfährt, ist ein Beweis dafür, dass eure Arbeit Macht hat, Dinge zu verändern!“, sagte ein Vertreter von Amnesty International Irland, der 1993 an vorderster Front bei den Verhandlungen zur VDPA (Vienna Declaration and Programme of Action) in Wien mit dabei war.

Auf der UNO-internen Konferenz war es nicht nur interessant, über die Situationen und spezifischen Schwierigkeiten gerade junger Menschenrechtsverteidiger:innen zu erfahren, sondern auch zutiefst beeindruckend, mit welcher inneren Stärke sie ihren Kampf fortsetzen. Um auch anderen Menschen die Möglichkeit zu geben, diese jungen Leute zu treffen, veranstaltete die Liga am 6. Juni 2023 gemeinsam mit dem Büro von Mary Lawlor und mit der Unterstützung des BMeiA ein „Menschenrechts-Picknick“. Hier konnten die Teilnehmer:innen der Konferenz in ungezwungener Atmosphäre mit Personen der österreichischen Zivilgesellschaft zusammen kommen und sich über den gemeinsamen Kampf für die Menschenrechte aus-

tauschen, bei dem wir Seite an Seite stehen. Denn auch das wollten wir mit unserem Treffen zeigen: Egal, wo in der Welt Menschenrechtsverteidiger:innen aktiv sind – sie sind nicht alleine! Das Motto der 25-Jahr-Feier: **Solidarity & Hope.**

1948 ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE, 1993 WELTKONFERENZ UND VDPA

Nachdem die Vereinten Nationen im Jahr 1948, also vor 75 Jahren, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen hatten, kam es im Juni 1993 – kurz nach der Wende im Ost-West-Konflikt – schließlich zur zweiten, von der UNO einberufenen, Weltkonferenz über Menschenrechte. Zu dieser versammelten sich mehr als 10.000 Vertreter:innen aus 171 Staaten, entsandt von der UNO oder aus der Zivilgesellschaft. Nach umfangreichen Beratungen wurden schließlich die Wiener Erklärung und ein Aktionsprogramm (VDPA) angenommen. In diesen Dokumenten ist festgehalten, dass die Menschenrechte universell, unteilbar und miteinander verknüpft sind und dass sie einander bedingen. Der Begriff der Universalität bedeutet nichts anderes, als dass Staaten dazu verpflichtet sind, Menschenrechte für alle Menschen, unabhängig von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systemen, zu fördern. Auch bedeutet es, dass es keine Hierarchien innerhalb der Menschenrechte gibt. Diesem Ergebnis waren jahrelange Vorbereitungsarbeiten und hochkomplexe Verhandlungen bei der Tagung selbst vorangegangen. Das Ergebnis, mit dem niemand gerechnet hatte, bedeutet einen Meilenstein für das globale Menschenrechtssystem. Besonders der Umstand, dass die Zivilgesellschaft in den Prozess eingebunden wurde, bildete eine große Errungenschaft. Auch der Fortschritt bei den Frauenrechten war bemerkenswert. Besonders wichtig für die weitere Entwicklung der Menschenrechte ist aber die damals gelungene Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte, das mittlerweile eine maßstabgebende Instanz im Menschenrechtssystem darstellt.



„Gekommen, um zu bleiben – Meet the Future“

Dies ist der Titel unseres gerade durchgeführten Projekts, das die Liga in Kooperation mit dem österreichischen Außenministerium zur Feier von 75 Jahren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und 30 Jahren Wiener Menschenrechtskonferenz mit Schüler:innen des BG/BRG Rahlgasse veranstaltet hat.

Woher kommt der Titel?

Die Menschenrechte sind gekommen, um zu bleiben, und in unse-

rem Projekt treffen wir die Zukunft – 120 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren – um zu hören, wie es mit ihren Menschenrechten weitergeht!

Mit fünf Klassen führte die Liga Workshops durch, in denen Menschenrechtswissen vermittelt und ebenso den Ideen und Ansichten der Schüler:innen Raum gegeben wurde. Sie lösten Rechtsfälle mit menschenrechtlicher Problemstellung aus dem echten Leben und hatten am Ende des Workshops die Möglichkeit, ihre Auffassung von Menschenrechten kreativ auszudrücken.

Dabei ist eine großartige Botschaft entstanden, mit der wir am Ende des Projekts einen symbolischen Bogen von der Schule bis zum Platz der Menschenrechte spannten. Dort feierten wir die Menschenrechte und ließen Luftballons mit Wünschen für die nächsten 75 Jahre der Menschenrechte aufsteigen.

Wie war das genau?

Einen ausführlichen Bericht zu diesem Projekt wird es in einer Sonderausgabe des „Liga-Magazins“ geben, die im Herbst zu Schulbeginn erscheint!





Unabhängig, kritisch, engagiert ...

SEIT 1859 GIBT ES DEN PRESSE-CLUB CONCORDIA. ORGANISIERT ALS GEMEINNÜTZIGER JOURNALISTENVEREIN, SETZT ER SICH FÜR HOCHWERTIGEN UND UNABHÄNGIGEN JOURNALISMUS EIN. GANZ WICHTIG DABEI IST DAS ENGAGEMENT FÜR MENSCHENRECHTE, DIE DEMOKRATIE SOWIE DIE PRESSE- UND INFORMATIONSFREIHEIT.

In diesem Sinn wird seit 1997 alljährlich der Concordia-Preis für exzellente publizistische Leistungen in den Kategorien „Menschenrechte“ und „Pressefreiheit“ verliehen. So auch dieses Jahr. Am 3. Mai 2023, dem Tag der Internationalen Pressefreiheit, wurden in einem Festakt im Nationalratssaal des Parlaments jene Preisträger*innen gewürdigt, deren Beiträge von der Jury – nach intensiver Diskussion –

unter den vielen hervorragenden ausgewählt worden waren.

In der Kategorie „Pressefreiheit“ fiel die Entscheidung auf die Redaktion von „DOSSIER“, die sich seit der Gründung 2012 mit beharrlichen Recherchen zu medienpolitischen Themen als außergewöhnliches Investigativmedium für Presse- und Informationsfreiheit einen Namen gemacht hat. In der Kategorie „Menschenrechte“ nominierte die Jury das Team des seit 2021 aktiven inklusiven Online-Mediums „andererseits“ für seine Dokumentation „Das Spendenproblem“. Der Film informiert über kritische Perspektiven von Betroffenen und Expert*innen auf die Spendenaktion „Licht ins Dunkel“. Den Preis für sein Lebenswerk erhielt der Karikaturist Gerhard Haderer. Corinna Milborn, Anneliese Rohrer und Katharina Stemberger bildeten den Kreis der Laudatorinnen.

„Zusperren ist keine Lösung“

Andreas Koller, Präsident des Presseclubs Concordia und als stellvertretender Chefredakteur sowie seit

2006 Leiter der Wiener Redaktion der „Salzburger Nachrichten“ eine Institution des unabhängigen Journalismus in Österreich, begrüßte die Gäste und sprach die einleitenden Worte. Und diese fielen durchaus kritisch aus. Das Abwürgen der ältesten Tageszeitung der Welt, der „Wiener Zeitung“, sei eine „schwere medienpolitische Fehlentscheidung“ und offenbar dem Schablonendenken von „Print ist tot“ geschuldet. „Zusperren ist keine Lösung“, meinte Koller und forderte die Politik auf, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die digitale Transformation von Printmedien zu ermöglichen.

Vor den Vorhang!

Seit 26 Jahren vergibt der Presseclub Concordia nun die Preise für außerordentliche publizistische Leistungen. Dabei sollen die Stifter der Preise, die stets im Hintergrund, von Anfang an dabei waren, auch genannt werden: Für die Kategorie Menschenrechte ist es die Bank Austria und für die Kategorie Pressefreiheit die gemeinnützige Privatstiftung Dr. Strohmayer.



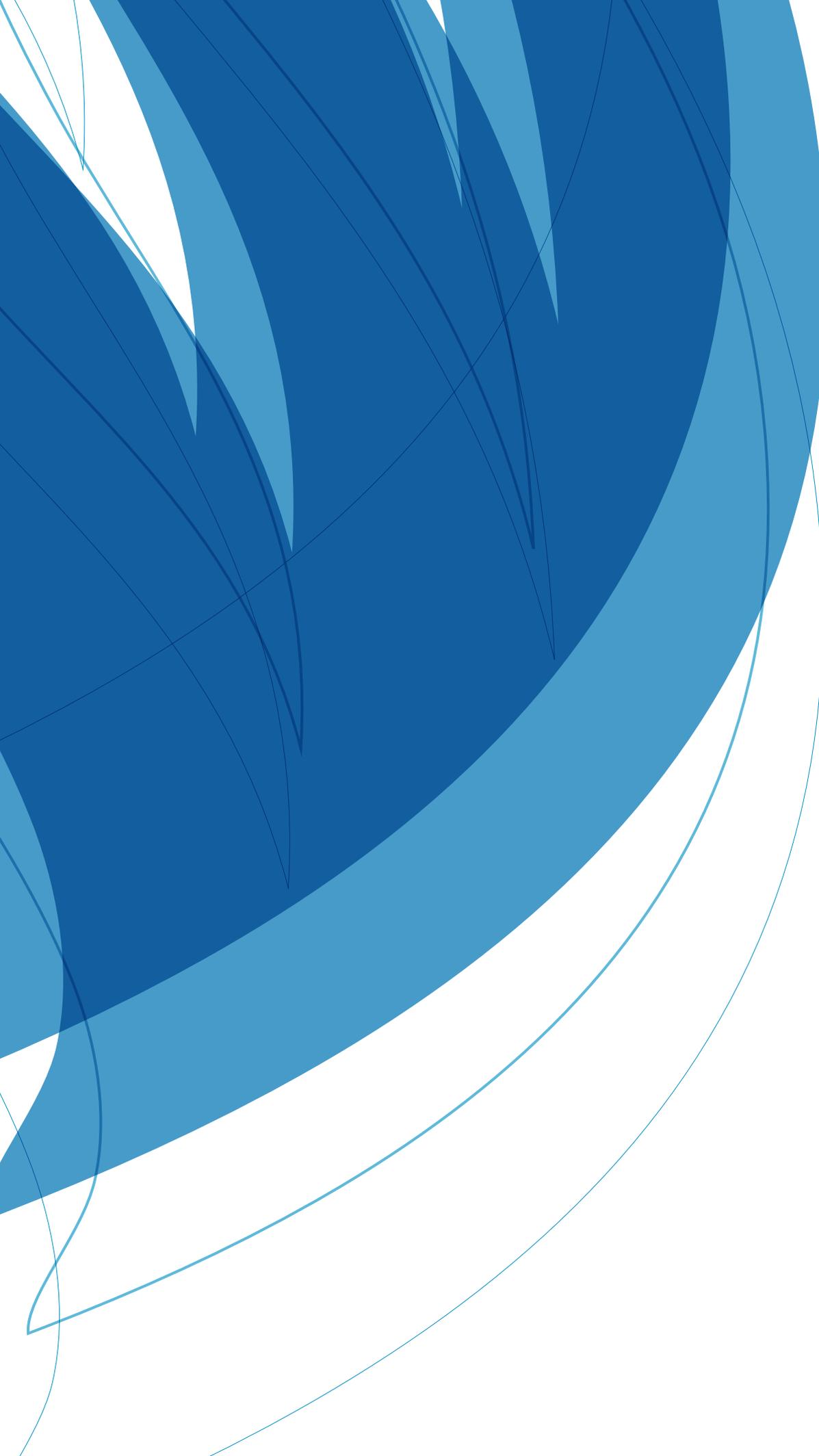
Preisträger:innen
„andererseits“



Preisträger:innen
„Dossier“



Laudatio
Menschenrechte:
Journalistin
Corinna
Milborn



SCHWERPUNKT DIGITALISIERUNG

Künstliche „Intelligenz“ und Menschenrechte (k)ein Gegensatz?

EIN PLÄDOYER FÜR MENSCHENRECHTE FÜR MENSCHEN!

Henry Kissinger ist am 27. Mai dieses Jahres 100 Jahre alt geworden und schreibt gerade gemeinsam mit dem ehemaligen Google-Chef Eric Schmidt an einem Buch zu K. Der Kosmopolit Kissinger, Außenminister unter Richard Nixon und Gerald Ford, gemeinsam mit dem nordvietnamesischen Unterhändler Le Duc Tho Friedensnobelpreisträger 1973, hat bereits ein Buch zum Thema verfasst. Nun interessiert ihn jedoch der Einfluss von Künstlicher „Intelligenz“ (hier abgekürzt: K) auf das menschliche Bewusstsein. Allein die Fragestellung von einer Persönlichkeit mit weitreichender internationaler Erfahrung offenbart die Tragweite des Einflusses von K auf unser Leben.

Durch K werden neue Dimensionen im Buch der Menschheit aufgeschlagen. Schon heute nehmen Menschen ihre Umwelt oft nicht mehr wahr, weil sie ständig in ihr Smartphone schauen. Sie sind abhängig von Klicks und Likes, so wie die gesamte Digitalbranche davon abhängig ist, um ihre Werbung passgenau an die Kundschaft zu bringen. Jede Sekunde auf einer Internetseite zählt, andererseits nehmen die Aufmerksamkeit und das Konzentrationsvermögen der User ab. Alles scheint nur noch unterbewusst abzulaufen.

Leute vertrauen der digitalen Technik und enden in Sackgassen, oder stecken mit ihren Fahrzeugen in Unterführungen fest, weil sie ihr Navigationsgerät dort hinleitet. Mit der zunehmenden Digitalisierung nehmen Selbstbestimmung und Selbständigkeit ab, so scheint es. Denkt man an die durch fake-news provozierten Randalen von Trump-Gläubigen, dann wissen wir, K hat nicht nur Einfluss auf unser Bewusstsein, sondern weist zudem auch massiv manipulatives Potenzial auf. Nicht nur diese Ereignisse, auch die in Fachkreisen eindringlichen Warnungen vor durch LAWS (Lethal Autonomous Weapon Systems, vollautomatische Waffensysteme, die selbständig entscheiden, wo und wen sie bekämpfen) ausgelösten Kriegen werden Einfluss auf das gesamte Weltgeschehen haben.

Freilich ist K nicht nur Teufelswerk. Wir kennen die Sensationsmeldungen aus der Krebsdiagnose, etwa der Mammographie; mit Hilfe von Organoiden erwartet man, sich kostengünstig und treffsicher individuelle Medizin leisten zu können; Assistenzsysteme in Fahrzeugen oder spezifische Systeme zur Unterstützung von gehandikapten Menschen sind große Hilfen im Alltag. Sie führen mitunter zu mehr Selbstbestimmung und Selbstän-



ZUR PERSON

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Klaushofer

lehrt an der Paris Lodron
Universität Salzburg
Verfassungs- und
Verwaltungsrecht.
Er leitet das Österreichische
Institut für Menschenrechte
sowie die Bundes-
kommission der
Volksanwaltschaft.

digkeit, möglicherweise auch zu mehr Gleichheit, wenn man nur an ubiquitär verfügbare medizinische Leistungen durch K denkt.

Die Beispiele können beliebig fortgesetzt werden, doch die Gegensätze liegen auf dem Tisch und werden bleiben. Es wird stetig Lebensbereiche geben, in denen K zum Wohl der Menschen beiträgt, und solche, die uns schaudern lassen. Auf Menschenrechte umgemünzt, bedeutet dies: Es wird stetig und tagtäglich zu einem Wechselspiel von Förderung und Schmälerung der



KI-generiertes Bild zum
Thema KI und Menschenrechte

Menschenrechte kommen. Selbst die Profiteure der Digitalisierung warnen vor einer allzu ausufernden K, wie das von Elon Musk immer wieder zu hören ist. Das könnte natürlich auch ein kluger Schachzug sein, denn die Marktbeherrscher verlangen oft nach Marktzugangsregeln, um im Endeffekt durch massives Lobbying im Vorfeld der Regulierung die Konkurrenz auszubremsen.

Doch wo ziehen wir die menschenrechtliche Grenze? Sollten wirklich generell Grenzen gezogen werden, wenn doch K in vielen Bereichen ein Heilsbringer sein kann? Stoppen wir dadurch Innovation? Was macht uns Angst? Was begeistert uns?

Warum K nicht KI ist!

Die EU will mit ihrem Vorschlag zu einem Gesetz über K hochriskante Anwendungen regulieren und bestimmte Praktiken verbieten. Spätestens an dieser Stelle ist anzumerken, dass bereits der in Konnotation mit „künstlich“ verwendete Ausdruck „Intelligenz“ für sich ein Problem ist (deshalb das hier verwendete Akronym K). Er unterstellt eine Gleichstellung zum Menschen, die unangebracht ist. Wenngleich wir menschliche Intelligenz bis dato nicht einheitlich verstehen, wissen wir, dass sie mehr als Datensamm-

lung und -verarbeitung in atemberaubender Geschwindigkeit ist. Der Deutsche Ethikrat sprach jüngst von „verleiblicher Vernunft“, die den Menschen ausmacht. Man könnte sagen, die einzigartige Kombination von Körper, Geist und Seele zeichnet menschliche Intelligenz aus, weshalb Softwaresysteme, Maschinen und Roboter nie mit Menschen vergleichbar sein werden. Selbst dann nicht, wenn sie Emotionen, Gesten und andere menschliche Regungen erkennen und vielleicht irgendwann täuschend echt imitieren können.

Damit sind wir mitten im Thema: denn es sollte klar sein, dass zwischen K und Menschen ein kategorischer, geradezu fundamentaler Unterschied besteht. Vorschlägen des Europäischen Parlaments zur Verwirklichung einer e-Person, die selbständige Rechte und Pflichten hat, ist daher mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Das Verständnis von einer e-Person mit eigenständiger Handlungsfähigkeit, die ohne menschliches Zutun Rechte und Pflichten begründen kann, ist auch nicht vergleichbar mit dem Konstrukt juristischer Personen, die in ihrem Handeln stets von natürlichen Personen abhängig und vergleichbar mit gebündelten Interessensträgern von Menschen sind. Eine e-Person würde tatsächlich dem

Menschen gleichgesetzt, womit das Verständnis von Menschenrechten vollkommen verändert würde. Sollte die e-Person dann etwa auch unmenschlich behandelt oder gefoltert werden können, obwohl es sich um eine menschengleiche Maschine, respektive ein Softwaresystem handelt? Sollte der e-Person das Recht auf Familie zukommen? Diese Fragen mögen futuristisch und überzogen klingen, doch sie sind die konsequent fortgedachten Entwicklungen, wenn man beginnt, künstliche Systeme mit Menschen rechtlich gleich zu setzen. Wir wissen vom EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte), dass die EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) ein „living instrument“ ist. Über kurz oder lang folgt auch das Recht gewissen gesellschaftlichen Entwicklungen. Weshalb also auch nicht, was die Gleichstellung von künstlichen Systemen und Menschen anbelangt?

Um solchen Entwicklungen vorzubeugen, sind Gesellschaft und Gesetzgebung gefordert. Die EU will mit dem Verbot bestimmter Praktiken derartige Entwicklungen verhindern, so soll eine schädliche Anwendung, die „Techniken der unterschweligen Beeinflussung außerhalb des Bewusstseins einer Person einsetzt“, verboten sein.



Das ist aber angesichts massiver Wirtschaftskräfte und dem enormen Potenzial von künstlichen Systemen zu wenig, um unerwünschten Auswirkungen entgegenzusteuern. Wir müssen Schutzzonen des Menschlichen einrichten. Dazu gehört, dass wir uns darauf verständigen, dass Menschenrechte ausschließlich natürlichen Personen und in etablierten Bereichen juristischen Personen zugänglich sind. Kurzum, wir müssen klarstellen, dass Menschenrechte nur für Menschen da sind. Jeglicher Einbruch in dieses Verständnis öffnet die Tür für die skizzierte Gleichstellung künstlicher Systeme mit Menschen.

Wenngleich künstliche „Intelligenz“ und Menschenrechte ein unendlich weites Feld umfassen, bedarf es dieser grundlegenden Klarstellung. Nur aus dieser garantierten Position heraus kann man stabile, sichere und vor allem vertrauenswürdige Systeme schaffen, wie das die EU durchaus will. Nur auf diese Weise kann ein innovationsfreundliches Klima entstehen. Können die Regulatoren – unerheblich, ob auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene – nicht garantieren, dass Menschenrechte exklusiv für Menschen gelten, ist von vornherein jeder Vertrauensbasis der Boden entzogen. Solange Menschen fürchten müssen, dass sie irgendwann mit Maschinen gleichgestellt werden, wird es – durchaus berechtigte – Angst und damit große Widerstände geben.

Die gesamte Wirtschaft und die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger sollten das nicht aus den Augen verlieren und schon lange wissen, dass Vertrauen die härteste Währung dieser Welt ist. MENSCHENRechte gehören Menschen!

KI: GESETZLICHE REGELUNGEN IN DER EU

Am 14. Juni 2023 hat das EU-Parlament eine wichtige Hürde genommen und sich mit breiter Mehrheit auf eine Position zum KI-Gesetz geeinigt, das umfassende Regulierung sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) in der Europäischen Union vorsieht.

Das KI-Gesetz soll die weltweit erste Regulierung werden, die sich gezielt mit Künstlicher Intelligenz befasst. Die viel diskutierte biometrische Echtzeit-Überwachung – oder auch der gehypte Chatbot ChatGPT – sind nur ein Teil davon. Bei der Verordnung geht es auch um KI-Systeme in der Medizin und in der Justiz, um Deepfake-Generatoren oder um Software, die Job-Bewerbungen sortiert. Vor allem aber soll die Verordnung rote Linien ziehen, in welchen Bereichen KI auf keinen Fall zur Anwendung kommen soll, etwa beim Social Scoring. So nennt man Punktesysteme, die Bürger:innen für unerwünschtes Verhalten bestrafen. Manche KI-Systeme soll das Gesetz daher komplett verbieten; andere sollen sich an strengere Regeln halten. Entsprechend vielschichtig ist die Kritik am KI-Gesetz. Folgende Punkte gelten als besonders heikel:

1. Staatliche biometrische Massenüberwachung
2. Militärische KI-Aufrüstung
3. Einsatz von KI für die „nationale Sicherheit“
4. Einsatz von KI an den Außengrenzen
5. Betroffenenenschutz
6. Klarheit der Begriffsdefinitionen

Im Vorfeld gab es heftige Diskussionen um biometrische Echtzeit-Überwachung (z.B. Kameras an Bahnhöfen, die Menschen anhand von Gesichtsmerkmalen identifizieren können). Auf den letzten Metern wollte die konservative Europäische Volkspartei (EVP) noch Ausnahmen zum Einsatz der umstrittenen Technologie ins Gesetz quetschen – ein Bruch mit dem bisherigen Tenor der Verhandlungen im Parlament. Aber der Änderungsantrag erhielt im Parlament keine Mehrheit. „Bedauerlich“ finden das etwa Vertreter*innen der CDU/CSU im Parlament. Die Stimmen aus den anderen Parteien sind durchwegs positiv. Für die Europa-Abgeordnete Cornelia Ernst (Linke) ist das Ergebnis der Abstimmung „historisch“, sie warnte aber zugleich: „Ob dieses Verbot die Verhandlungen mit den Regierungschef:innen im Rat übersteht, müssen wir abwarten.“

Die Einigung im EU-Parlament ist jedoch nur ein Etappenziel, sie markiert den Beginn weiterer Verhandlungen. Noch im Juni sollen Parlament, Rat und Kommission gemeinsam den Trilog starten, also die finalen Gespräche über das Gesetz.

Originaltext: Daniel Leisegang, Chris Köver, Sebastian Meinecke, veröffentlicht unter netzpolitik.org; gekürzt

KI-generiertes Bild:
„Die Flucht“



Hype mit Hirn

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND
DIE MENSCHENRECHTE

Spätestens seit Veröffentlichung von ChatGPT vergangenen November ist das Thema künstliche Intelligenz (KI) in aller Munde. Erstmals kann die breite Öffentlichkeit KI im Alltag proaktiv nutzen und es gibt kaum mehr gesellschaftspolitische Gespräche ohne KI-Bezug, geht es um Bildung, Arbeit, Gesundheit oder Politik. Doch während KI für alle erdenklichen Aspekte unseres Lebens optimiert wird, vom Smart Home bis hin zur öffentlichen Wohlfahrt und Informationsaufbereitung, hat sich die Diskussion zu KI in den letzten Wochen gewandelt. Das bisher vorherrschende Narrativ der Effizienzsteigerung oder gar Allheilbringung wurde von dystopischen Zukunftsszenarien abgelöst.

Tech-Größen wie der ehemalige Google-Informatiker Geoffrey Hinton, ChatGPT-Gründer Sam Altman oder Tesla-Chef Elon Musk warnten unlängst gar vor „existenziellen Risiken“ von KI. Anfang Juni unterzeichneten sie und anerkannte KI-Forschende einen offenen Brief, der die Auslöschung der Menschheit vorhersagt. Auch der Historiker Yuval Harari warnt, dass KI durch die Simulation der Sprachbeherrschung „das Betriebssystem der Zivilisation hacken“ wird.

Die rapide Entwicklung von maschinellem Lernen ohne Transparenz und Verantwortlichkeit und dessen Einsatz ohne Zustimmung oder gar Wissen der Betroffenen sollte



ZUR PERSON

Mag.ª Julia Haas, LLM,

ist Expertin für internationales Recht und Menschenrechte mit Fokus auf internationalen Beziehungen, der Schnittstelle von Technologie und Menschenrechten sowie der Bekämpfung von Marginalisierung. Im Büro der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit fokussiert sie sich auf Policy Research und Development im Bereich Internet-Governance und digitale Partizipation. Sie ist Mitglied im Beirat des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte.

tatsächlich zum Nachdenken anregen.

Aber ist es hilfreich, die öffentliche Debatte von apokalyptischen Propherzeiungen bestimmen zu lassen?

Für Big Tech könnte das Abdriften in philosophische Diskussionen

mitunter eine nützliche Ablenkung von Problemen im Hier und Jetzt sein. Big Tech lobbyiert nämlich parallel in Brüssel und andernorts gegen Regulierung, unterläuft Initiativen zum Verbot bestimmter technologischer Anwendungen und investiert Milliardenbeträge in KI-Entwicklung. Vielleicht dienen die Weltuntergangsvorhersagen eher der Verhinderung von Konkurrenz und Marktdiversifizierung – oder schlicht dem Marketing.

KI ist nämlich gar nicht intelligent. Ohne eigenständige Handlungsfähigkeit „handelt“ sie völlig unreflektiert. KI basiert auf Mustererkennung in massiven Datensammlungen. Sie repliziert und produziert Outputs auf beeindruckende Art und Weise, aber folgt letztlich den eingespeisten Daten. Zumeist ohne Transparenz. Ohne Kontrolle. Ohne Rechenschaftspflicht. Wenn Trainingsdaten nicht repräsentativ sind, wenn sie historische Ausgrenzungen widerspiegeln, gesellschaftliche Vorurteile miteinbeziehen oder toxische Inhalte beinhalten, wird also auch Diskriminierung fortgesetzt und verstärkt.

Wenn Kontextualisierung nicht funktioniert und sprachliche, kulturelle und politische Nuancen nicht verstanden werden, führt KI zu Falschergebnissen und Marginalisierung. Wenn Macht, politische Interessen und Profit über Menschenrechte und öffentliches Interesse gestellt werden, hat KI gesellschaftliche und demokratiepolitische Auswirkungen.



KI-generiertes Bild:
„Cognitus“

Und wir sprechen noch nicht einmal von Massenüberwachung, Kontrolle oder Manipulation, von absichtlicher Desinformation, bewusster Irreführung oder anderen böswilligen Absichten.

All diese Gefahren haben sich bereits manifestiert und wurden vielfach dokumentiert. Wir wissen um viel zu viele Fälle, in denen Automatisierung strukturelle Diskriminierung scheinneutral verfestigt oder neue Marginalisierung kreiert. Etwa beim Einsatz von Gesichtserkennung, die zu Falschverurteilungen von dunkelhäutigen Personen führt, in Rekrutierungsverfahren, die sexistische Praktiken perpetuieren, bei KI-Modellen im Gesundheits- und Sozialwesen, die zu benachteiligenden Ergebnissen führen. Oder wenn KI-Anwendungen voreingenommene, verzerrte Outputs produzieren oder Falschinformation „herbeihalluzinieren“.

Während eine gesellschaftsbreite Debatte über den Umgang mit künftiger Technologie essenziell ist, sollten uns hypothetische Untergangsszenarien nicht von den nur allzu realen Auswirkungen ablenken. Es braucht eine rationale Debatte über die bestehenden Gefahren und Risiken, ohne KI als allumfängliche Heilbringer anzupreisen oder als weltzerstörerisch zu dämonisieren. Wie können wir also sicherstellen, dass KI unsere Menschenrechte stärkt und nicht unterminiert?

Über Jahrhunderte haben wir Konzepte für menschenrechtliche Sicherheitsgarantien, demokratische Kontrollen und rechtsstaatliche Verantwortlichkeiten errungen und weiterentwickelt – und auch technologische Entwicklungen sind daran zu binden. Man denke etwa an das Auto: Es bringt uns schnell ans Ziel. Ohne Bremsen, Ampeln, Vorrangregeln oder öffentlich finanzierte Straßennetze wird es aber bald gefährlich.

„ **Für die komplexen Herausforderungen durch KI braucht es einen gesellschaftlichen Dialog, zivilgesellschaftliches, evidenzbasiertes Engagement und kühle Köpfe. Realitätsferner Hype oder Weltuntergangsnarrative lenken von den aktuellen Risiken ab.**



Es hat Jahrzehnte gebraucht, um klare Straßenregeln einzuführen und Sicherheitsgurte verpflichtend zu machen – und wir alle kennen die wichtigen aktuellen Debatten über sichere Radwege und Verkehrsberuhigung. Wir haben gelernt, dass Straßenverkehr nicht im Vakuum zu betrachten ist, er hat Auswirkungen auf Lebensqualität und Klima.

Regulierung hat jede Menge gesamtgesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen und ist kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Im Zusammenhang mit Entwicklung und Anwendung von KI braucht es ebenfalls Sicherheitsmaßnahmen, klare Spielregeln und Menschenrechtsschutz. Es braucht Transparenz

und Rechenschaftspflicht sowie demokratische Kontrollen und Maßnahmen zum Schutz sozialer Gerechtigkeit. Ein wesentliches Instrument hierfür sind Risikofolgenabschätzungen, um Risiken vor der Anwendung von KI zu identifizieren und zu minimieren. Neben präventiven Maßnahmen braucht es auch Rechenschaftspflicht, wenn es zu Problemen kommt. Es braucht mehr Lösungsansätze für global bestehende Machtungleichheiten und -konzentrationen sowie vermehrten Fokus auf KI, die unsere Rechte forciert und soziale Gerechtigkeit fördert.

Erst jüngst hat das Europäische Parlament seine Position für ein umfassendes KI-Gesetz beschlossen, das besonders riskante KI-Anwendungen, etwa zur biometrischen Überwachung, untersagen will. Auch wenn der Gesetzentwurf nicht perfekt ist, handelt es sich um einen entscheidenden Schritt. Im Europarat wird zudem an einer Konvention zu KI, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gearbeitet.

Auch die OSZE, UNESCO und andere internationale Organisationen sowie die Zivilgesellschaft entwickeln bedeutende Handlungsempfehlungen und Orientierungshilfen.

Für die komplexen Herausforderungen durch KI braucht es einen gesellschaftlichen Dialog, zivilgesellschaftliches, evidenzbasiertes Engagement und kühle Köpfe. Realitätsferner Hype oder Weltuntergangsnarrative helfen dabei nicht, sie lenken von den aktuellen Risiken ab und nehmen uns Handlungsfähigkeit.

Gerade in Zeiten des Umbruchs braucht es nicht Hilflosigkeit oder Apathie, sondern Sachlichkeit und gesellschaftliche Selbstbestimmung für soziale Gerechtigkeit – um sicherzustellen, dass neue Technologien der Gesellschaft dienen. Und nicht nur jenen mit Macht.



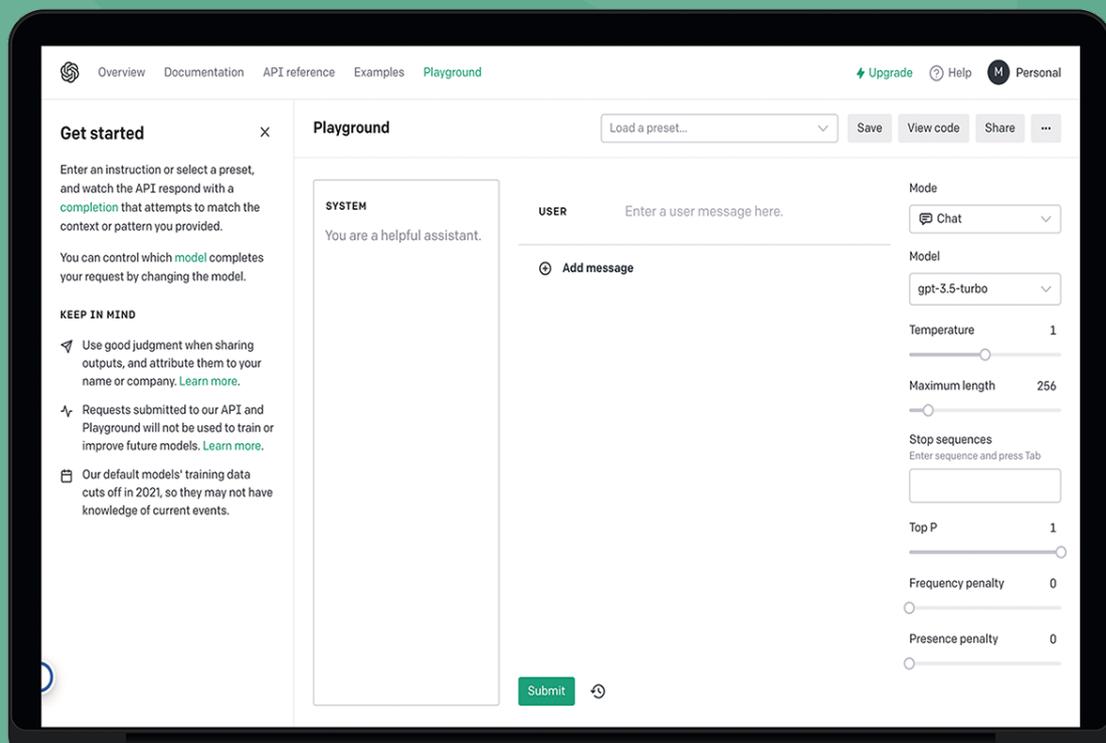
KI-generiertes Bild:
„The Last Generation Finally“

Hallo Mensch, ...

... ICH BIN EIN GPT-BETRIEBENER
AI-CHATBOT. FRAG MICH ALLES!

Die Liga testet ChatGPT

Wie ist die freie Zugänglichkeit von ChatGPT zu bewerten, da viele Internetnutzer:innen dessen Antworten nicht hinterfragen und wegen fehlender Quellenangaben nicht in der Lage sind, die Informationen auf ihre Korrektheit zu prüfen? Andreas Wimmer, Professor für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre, hat einen mit ChatGPT erstellten Text durchgesehen und seine Relevanz kommentiert. Wie steht es um die Qualität der Beantwortung folgender Fragestellung?



Simuliere einen Juristen. Verfasse einen Text mit dem Thema „Künstliche Intelligenz: Eine Gefahr für das Recht auf Achtung der Menschenwürde? Wie kann man mit Diskriminierung durch KI umgehen? Nenne konkrete Beispiele.“ Beachte die maximale Zeichenanzahl von 2.000 Zeichen inklusive Leerzeichen.

🌀 TEXT ChatGPT //

Künstliche Intelligenz (KI) wirft eine Vielzahl von rechtlichen und ethischen Fragen auf, insbesondere in Bezug auf das Recht auf Achtung der Menschenwürde. KI-Systeme können potenziell Vorurteile und Diskriminierung verstärken, was eine Bedrohung für die individuelle Würde darstellen kann. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden.

Ein zentrales Anliegen besteht darin sicherzustellen, dass KI-Systeme nicht auf diskriminierenden Daten basieren. Dies erfordert eine umfassende Überprüfung der zugrunde liegenden Datenquellen. Wenn beispielsweise KI-Algorithmen zur Bewerberauswahl verwendet werden, sollten die verwendeten Daten frei von geschlechts- oder rassenspezifischen Vorurteilen sein. Durch eine sorgfältige Auswahl und Überprüfung der Daten können mögliche Verzerrungen minimiert werden.

Transparenz ist ein weiterer wichtiger Faktor. KI-Entwickler sollten offenlegen, wie ihre Algorithmen arbeiten, um mögliche Diskriminierungsfaktoren zu identifizieren. Dadurch wird es Experten und Rechtsexperten ermöglicht, diese Systeme auf Vorurteile und Diskrimi-

nierung zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Korrektur zu ergreifen.

Eine weitere Möglichkeit, Diskriminierung durch KI zu bekämpfen, besteht darin, die Nutzung von KI-Systemen zu überwachen und zu regulieren. Regierungen können Richtlinien und Vorschriften erlassen, um sicherzustellen, dass KI-Systeme ethischen und rechtlichen Standards entsprechen. Eine solche Regulierung könnte die Einhaltung von Anti-Diskriminierungsgesetzen und die Durchführung von regelmäßigen Überprüfungen der KI-Systeme umfassen.

Beispiele für den Umgang mit Diskriminierung durch KI sind bereits vorhanden. Ein bekanntes Beispiel ist der Einsatz von KI-gesteuerten Strafverfolgungssystemen, die aufgrund von Vorurteilen und ungleich verteilten Daten zu Fehlidentifikationen führen können. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurden in einigen Ländern Richtlinien eingeführt, um sicherzustellen, dass der Einsatz solcher Systeme transparent ist und die Menschenrechte respektiert werden.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Einsatz von KI in der Finanzbranche. Wenn KI-Systeme zur Kreditvergabe verwendet werden, besteht das Risiko, dass sie bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten verstärken. Um dem entgegenzuwirken, ist eine sorgfältige Überprüfung der Kreditvergabekriterien und der verwendeten Daten erforderlich, um sicherzustellen, dass sie nicht diskriminierend sind.

Insgesamt ist es von entscheidender Bedeutung, dass bei der Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen das Recht auf Achtung der Menschenwürde gewahrt wird.

🌀 TEXT ChatGPT ENDE ////

Kommentar:

Vorweg ist festzuhalten, dass ChatGPT binnen kürzester Zeit einen bemerkenswerten Text ausgefertigt hat, der im Hinblick auf Satzbau und Grammatik nicht zu beanstanden ist. Auf den ersten Blick ist das Ergebnis sehr beeindruckend; es zeigt, welch hohes Potenzial in diesem Programm steckt.

Bei näherem Hinsehen werden indes gewisse Schwächen deutlich. Der Text verharrt im Allgemeinen (um nicht zu sagen: Oberflächlichen), manche Aussagen weisen sehr wenig Substanz auf. So bleibt etwa im Unklaren, was mit folgendem Satz

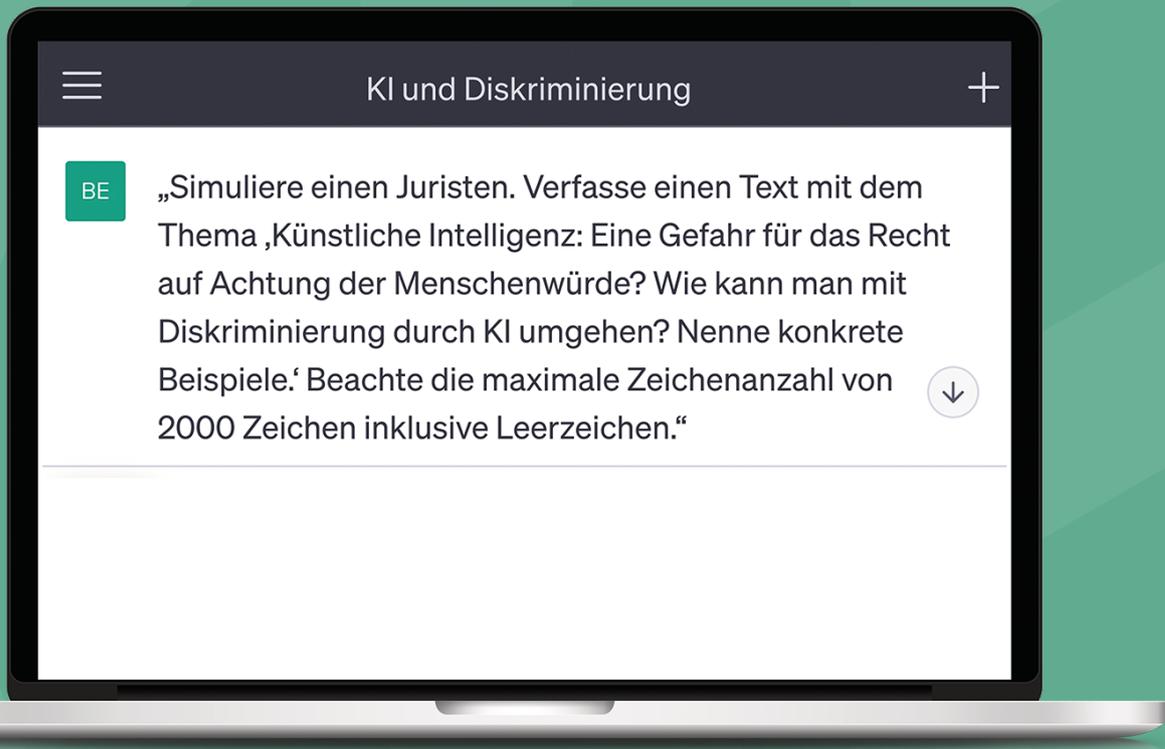


ZUR PERSON

Andreas Wimmer

Zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Salzburg und im Bundesministerium für Inneres, 2010 Wechsel an die Universität Innsbruck. 2020 Professur an der Universität Linz. Seit 2022 assoziierter Professor für Öffentliches Recht und stellvertretender Leiter des Forschungszentrums Medizin- und Gesundheitsrecht an der Universität Innsbruck. Auszeichnung mit wissenschaftlichen Preisen.

Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte.



genau gemeint sein soll: „Durch eine sorgfältige Auswahl und Überprüfung der Daten können mögliche Verzerrungen minimiert werden.“ Nichts anderes gilt für den Satz: „Transparenz ist ein weiterer wichtiger Faktor.“ Eine wissenschaftliche, insbesondere juristische Tiefenschärfe weist der Text nicht auf.

Damit ist eine Grundeigenschaft von Künstlicher Intelligenz (KI) angesprochen: Trotz der beeindruckenden Bezeichnung handelt es sich immer noch um Computerprogramme. Und Computerprogramme sind ausgezeichnet im Rechnen, wobei sie dem Menschen seit langer Zeit weit überlegen sind, aber sie sind nicht kreativ und können auch keinen wirklich originellen Text verfassen. Zudem kann ChatGPT nur das auswerten und zu einem Text zusammenstellen, was online zur Verfügung steht. Aus

diesen Faktoren erklärt sich wohl die fehlende wissenschaftliche beziehungsweise juristische Tiefenschärfe. Es wird deutlich, dass ChatGPT sogenannte „schwache KI“ ist.

Das Gegenstück zur „schwachen KI“ wäre die „starke KI“, die sich dadurch auszeichnet, dass sie über dem Menschen vergleichbare Intelligenz, Kreativität und Selbstbewusstsein verfügt sowie in der Lage ist, Probleme zu lösen, zu lernen und für die Zukunft zu planen. „Starke KI“ ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nur ein theoretisches Konzept, entwickelt werden konnte sie bislang (noch) nicht. Einige Forscher*innen sind indes der Meinung, dass „starke KI“ überhaupt nicht entwickelt werden kann.

Alles in allem lässt sich sagen, dass ein Programm wie ChatGPT in der Lage ist, einen (Einstiegs-)Text zu

einem beliebigen Thema zu verfassen, der den aktuellen Stand wiedergibt, wie er online zu finden ist. Für eine tiefgehende wissenschaftliche Auseinandersetzung reicht es vorläufig (noch) nicht.

WAS IST CHATGPT?

ChatGPT (Generative Pre-trained Transformer) ist ein sprach- und textbasierter Chatbot. Das KI-gestützte Textgenerator-Tool lernt aus riesigen Datenmengen und wurde mit Millionen von Texten und Sprachaufnahmen trainiert, um kontextbezogene Antworten zu generieren. Die maschinelle Lerntechnologie liefert schnelle Antworten, übersetzt Texte, vermittelt Wissen und bringt auf Ideen. Probieren Sie es aus, geben Sie eine Frage ein und legen Sie los: <https://chat.openai.com>



KI-generiertes Bild:
„Die Natur fragt nicht
nach dem Weg “



KI-generiertes Bild:
„Bourbon Street,
Unterwasser-Fotografie“

Vernetzter und angreifbarer denn je

EIN GESPRÄCH MIT STAATSSSEKRETÄR FLORIAN TURSKY.

Herr Staatssekretär, fragen wir mit Goethe: Wie halten Sie es mit der Künstlichen Intelligenz? Wie optimistisch sind Sie, dass wir – um im literarischen Vergleich zu bleiben – die Geister, die wir riefen, kontrollieren können?

Florian Tursky: Vorweg bin ich der festen Überzeugung, dass künstliche Intelligenzen die größte Revolution seit dem Internet sind und sie werden in Zukunft einen wichtigen Beitrag für unsere moderne Gesellschaft leisten. KIs können beispielsweise eine Vielzahl von positiven Effekten mit sich bringen, wie Effizienzsteigerungen und verbesserte Arbeitsabläufe. Klar ist aber auch, dass sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen Rechtssicherheit brauchen. Daher freue ich mich, dass noch im Juni die Einigung für eine europäische KI-Richtlinie (AI Act) erzielt werden konnte. Somit kommen wir rasch zu einer klugen Regulierung, die Innovation ermöglicht, aber gleichzeitig Massenüberwachung oder Social Scoring mittels KI-Anwendungen untersagt. KI-Anwendungen müssen auch Transparenzverpflichtungen wahrnehmen, damit für die Konsumentinnen und Konsumenten zu jeder Zeit klar ersichtlich ist, wenn sie mit einer Künstlichen Intelligenz konfrontiert sind. In der Zwischenzeit arbeiten wir an der Umsetzung einer nationalen KI-Behörde. Sie wird einen Wettbewerbsvorteil für österreichische Unternehmen schaffen.

Schon 2020 wurden 90 Prozent der Suchanfragen im Internet

über Google getätigt, Social Media-User geben laufend ihre Daten preis. Je intelligenter eine Technologie wie KI funktionieren soll, desto mehr Daten braucht man. Wie lässt sich der Schutz auf Privatsphäre gewährleisten, wenn so viel Wissen über Nutzer*innen bei einigen Großkonzernen konzentriert ist?

Vom intelligenten Garagentor bis zur smarten Zahnbürste: Im Zeitalter der Digitalisierung ist unsere heutige Gesellschaft vernetzter denn je – und somit auch angreifbarer denn je. Durch das vermehrte Aufkommen von Daten und die zunehmende Vernetzung von Technologien wird auch der Datenschutz immer wichtiger. Wie nun mit dem AI Act war Europa auch mit der Datenschutzrichtlinie (DSGVO) hier Vorreiter und wir machen keine Kompromisse, wenn es um den Datenschutz geht. Allerdings wissen wir auch, dass in ganz Europa nur etwa 15 Prozent aller bestehenden Daten genutzt werden. Eine hohe Datenqualität steigert beispielsweise das Vertrauen in digitale Lösungen. Unsere Aufgabe ist es daher einerseits, den Datenschutz Österreichs besser zu nutzen, aber andererseits, immer auch den Datenschutz mitzudenken. Aus diesem Grund hat das Innenministerium die App TikTok prüfen lassen und ist zum Schluss gekommen, dass die App aufgrund von Unsicherheiten nicht auf dienstlichen Geräten in der öffentlichen Verwaltung genutzt werden soll.

Künstliche Intelligenz denkt nicht und hat kein Bewusstsein.

Dennoch droht die Gefahr, dass wir das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine umkehren – und uns künftig überall auf KI verlassen. Wie sehen Sie die Interdependenz zwischen Technik und Gesellschaft? Und können wir uns der Allmacht der Konzerne und Denkfabriken entziehen?

Künstliche Intelligenz arbeitet auf der Grundlage vorhandener Daten und verwendet statistische Modelle. Gerade deshalb sollte KI als Unterstützung und nicht als Ersatz menschlichen Denkens gesehen werden. Ähnlich wie beim teilautonomen Fahren kann generative KI, wie beispielsweise ChatGPT, den Alltag erleichtern und eine große Unterstützung bieten. Doch auch hier ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Mensch stets die Kontrolle behält und in der Lage ist, das Steuer zu übernehmen. Daher ist es wichtig, den richtigen Umgang mit solchen Tools zu erlernen, um weder Fehlinformationen noch Abhängigkeiten zum Opfer zu fallen. Wir haben in der digitalen Kompetenzoffensive, die wir in der Bundesregierung Anfang des Jahres gestartet haben, daher auch einen Schwerpunkt auf KI-Systeme gelegt. Mit einem guten Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen von KI können wir Ängste abbauen und das volle Potenzial der neuen Technologie ausschöpfen.

Können Konzerne wie Google und Facebook an menschenrechtliche Standards bzw. Datenschutz gebunden werden?

Beim Datenschutz gehen wir in Europa keine Kompromisse ein, daher haben wir auch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geschaffen. Die DSGVO legt fest, wie Unternehmen und Organisationen personenbezogene Daten erfassen, nutzen und speichern dürfen. Ein erst kürzlich ergangenes Urteil der irischen Datenschutzbehörde gegen den Facebook-Mutterkonzern Meta zeigt, dass sich auch die ame-

rikanischen Hyperscaler an unsere Gesetze halten müssen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist es, gegen Hass im Netz vorzugehen. Die Bundesregierung hat dazu bereits ein Gesetzespaket gegen Hass im Netz verabschiedet, das insbesondere Frauen und Mädchen vor Beschimpfungen und Drohungen im Internet schützt.

Die Nutzung von Daten durch KI wird in vielerlei Hinsicht als problematisch gesehen. Ein Beispiel ist die Beurteilung der Qualifikation von Arbeitsuchenden. Hier schafft es der Algorithmus nicht, ein aussagekräftiges Bild der jeweiligen Person zu zeichnen, das kann sich auf die Förder-



ZUR PERSON

Florian Tursky

Masterabschluss an der Donau-Universität Krems in PR & integrierte Kommunikation. Erste politische Schritte in der Schülerunion und in der Jungen ÖVP Tirol, von 2006 bis 2010 als Landesgeschäftsführer. Führungserfahrung als Standortleiter einer Agentur und als Geschäftsführer eines Start-ups, danach Pressesprecher und anschließend Büroleiter von Landeshauptmann Günther Platter. Im Mai 2022 wurde Florian Tursky als Staatssekretär für Digitalisierung und Telekommunikation im Finanzministerium angelobt.



maßnahmen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachteilig auswirken. Dieses Problem wird im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarktservice immer wieder genannt. Was ist hier der aktuelle Stand der Diskussion?

Fest steht für uns, eine künstliche Intelligenz darf niemals über menschliche Schicksale entscheiden. In Europa verfolgen wir den humanistischen Ansatz, dass immer der Mensch im Mittelpunkt von technologischen Neuerungen stehen muss. Die Technologie soll den Menschen unterstützen, nicht ersetzen. Natürlich werden sich die Berufsbilder verändern. Dies war noch bei jeder technologischen Revolution so. Wer hätte beispielsweise vor 20 Jahren gedacht, dass es Berufe wie die der Social-Media-Managerin geben wird? Wichtig ist jedoch, dass wir auf unserer Reise in die digitale Zukunft niemanden zurücklassen, sondern alle mitnehmen. Um die digitalen Kompetenzen zu stärken, haben wir als Bundesregierung beispielsweise auch die digitale Kompetenzoffensive gestartet.

Die Europäische Union beschäftigt sich derzeit intensiv mit der KI und ihrer Regulierung. Dabei sollen Anwendungen nach „europäischen Werten“ entwickelt werden. Was würden Sie darunter verstehen?

Wir wollen KI-Systeme gemäß unserer freien und demokratischen Werte nutzen und lehnen jegliche ideologische Prägung deutlich ab. Die im April erfolgte Ankündigung Chinas, KI auf Basis ideologischer Maßstäbe zu regulieren, ist demokratiepolitisch gefährlich. KI darf keiner staatlich

vorgegebenen Ideologie folgen, denn dies würde zur Folge haben, dass chinesische KI-Systeme in Europa auf den Markt kommen, die den ideologischen Fußabdruck der kommunistischen Partei Chinas haben. Daher bin ich sehr froh darüber, dass das Europäische Parlament nun eine Einigung zum AI Act erzielt hat.

Welche gesetzlichen Maßnahmen sind in Österreich vorgesehen, um KI zu regulieren?

Bereits jetzt arbeiten wir in Österreich daran, eine KI-Behörde zu etablieren. Sie wird einen Wettbewerbsvorteil für österreichische Unternehmen schaffen, denn auch viele kleine und mittlere Unternehmen verwenden schon jetzt KI-Lösungen und wir müssen ihnen schnell sagen können, ob sie bei der Umsetzung des AI Acts auf Probleme treffen.

Zuletzt aber noch eine ganz wichtige Frage: KI wird auch im Sinne von Menschenrechten eingesetzt. Welche Beispiele würden Sie hier nennen?

Hier sehe ich einige Anwendungsbereiche für KI-Systeme. Beispielsweise können automatisierte Systeme in den sozialen Netzwerken eingesetzt werden. Durch maschinelles Lernen können diese Systeme nach Mustern und sprachlichen Gegebenheiten in den sozialen Netzwerken und Online-Foren suchen, um Hassreden zu identifizieren und zu melden. Eine KI darf jedenfalls nicht über menschliche Schicksale entscheiden. Wir lehnen eine Rechtsprechung durch eine KI ganz klar ab. Wichtig ist immer, dass der Mensch die Letztverantwortung trägt.



Das Wiener Manifest für Digital

In den letzten Monaten ist die Künstliche Intelligenz wieder in aller Munde, speziell die sogenannte generative AI – unter anderem dank des Hypes um ChatGPT. Vorweggenommen: Die Chancen durch diese Technik sind riesig und die damit einhergehenden Umbrüche wahrscheinlich ebenso. Dieser aktuelle, nochmals verdeutlichte, beschleunigte Prozess ist ein weiterer Abschnitt in der Digitalisierung bzw. Informatisierung der Welt. Es ist nicht der erste Hype, noch wird es der letzte Hype über eine Technologie bzw. ein Werkzeug sein.

Die Informatik und ihre Artefakte verändern die Welt – diesen komplexen, technisch-sozioökonomischen Prozess bezeichnen wir als digitale Transformation. Der Prozess erscheint nur an der Oberfläche, obwohl er bereits seit Jahrzehnten vonstatten geht. Zu seinem Verständnis, seiner Analyse sowie auch zu seiner Steuerung bedarf es eines Disziplinen-Mix aus Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie, Geschichte, Anthropologie, Philosophie, Wirtschaftswissenschaften und Informatik.

Die Bedeutung der Informatik sieht man an der Metamorphose des Computers als Rechenmaschine: zuerst zum Werkzeug in vielfältigster Form (vor allem im betrieblichen Umfeld) bis schließlich zur pervasiven, weltweiten Medien- und Kommunikationsmaschine (inklusive zu psycho-

logischen Beeinflussungen auf der Ebene einzelner Individuen, vollautomatisiert, in fast Echtzeit, auf die Person zugeschnitten – mit echt erscheinendem, „halluziniertem“ Content).

Wie jedes verwendete Werkzeug verändert dessen Verwendung auch die Werkzeugbenutzer*innen selbst bzw. deren Umwelt. Zudem schafft dieses Werkzeug neue Dinge, virtuell und real. Informatik ist die einzige (Ingenieurs-)Disziplin, die Systeme kreiert, ohne durch physische Einschränkungen limitiert zu sein – hier zeigt sie Ähnlichkeiten mit der Kunst: „Alles ist möglich.“

Was ist real, was virtuell, wo endet Ersteres und wo beginnt Letzteres? Unser Leben verschiebt sich zusehends ins Virtuelle. Das Web – und das Internet als die darunterliegende Basis-Informationsinfrastruktur – halten dabei auch das Reale am Laufen, sie agieren quasi als Betriebssystem unserer „realen“ Welt. Damit verändert das Virtuelle jedoch auch das Reale. Die Informationstechnologie (IT) ermöglicht und verändert gleichzeitig – auf der individuellen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ebene.

Edward A. Lee beschreibt das sukzessive Verschwinden der Grenzen zwischen Realem und Virtuellem sowie die Geschichte der dynamischen Wechselwirkung zwischen Technik und

Gesellschaft als eine „co-evolution of humans and machines“. Man denke etwa an die Unmengen von Daten, Algorithmen und die zur Verfügung stehenden Rechenkapazitäten, die beinahe jede Faser der Gesellschaft betreffen und (zer-)stören, von menschlichen Interaktionen über gesellschaftliche Institutionen bis zu politischen Strukturen. Diese disruptive Entwicklung kreierte und vernichtet gleichzeitig, erzeugt und zerstört Jobs und Reichtum, verbessert und schädigt unsere Umwelt.

Und diese Möglichkeiten ermöglichen bekannterweise eine Machtverschiebung Richtung IT-Firmen, Marktkonzentrationen, politische Beeinflussung durch Echokammern und „fake news“, Einschneidungen bei Datenschutz und Privatsphäre, zunehmende Automatisierung der Arbeit und die mit den Entwicklungen im Bereich der „Künstlichen Intelligenz“ verbundene Frage, inwieweit Menschen in Entscheidungsprozessen durch Maschinen substituiert werden sollen/können.

Vor diesem Hintergrund wurde 2019 die Initiative „Digitaler Humanismus“ von Hannes Werthner ins Leben gerufen. Der Begriff „Digitaler Humanismus“ wurde bewusst mit Bezug auf Humanismus und Aufklärung gewählt, wonach der Mensch selbstverantwortlich ist, sich des eigenen Denkens bedient und im Mittelpunkt steht. Wir verstehen unter diesem Begriff einen Ansatz, der das komplexe



en Humanismus

Zusammenspiel von Technologie und Menschheit beschreibt, analysiert und vor allem versucht zu beeinflussen, unter Beachtung des demokratisch-humanistischen, normativen Rahmens – für eine Gesellschaft unter voller Achtung universeller Menschenrechte. Wir haben die Freiheit, das Recht und die Verantwortung, uns des eigenen Denkens zu bedienen, wir sind Autor*innen des eigenen Lebens. Und persönliche Autonomie und Entscheidungsfreiheit sind die Voraussetzungen für eine offene, demokratische Gesellschaft.

Wir stehen an einer Kreuzung der – nicht automatischen oder „gottgegebenen“ – Entwicklung, es steht viel auf dem Spiel. Das Ergebnis wird auch von uns abhängen. Eigentlich gibt es sonst niemanden.

In diesem Sinne eine Einladung: Von 4. bis 8. September findet in Wien die 2. Digital Humanism Summer School statt. Oder sich selbst Fragen anzuschauen: Wie z.B. sind die Rahmenbedingungen bei der „Werkzeugherstellung“, sei es der Aspekt der Arbeitsrechte bei der Zulieferung durch Daten (Casilli), der Bias in jenen Daten (Baeza-Yates) und die dadurch entstehenden Diskriminierungen der nicht abgebildeten Personen(-gruppen) bzw. die realen physischen Rohstoffe und deren Abbau (Crawford). Oder bei der Werkzeuganwendung, z.B. der Einsatz von Drohnen und Satelliten

in Kriegsgebieten wie der Ukraine, der „Regulierung“ autonomer Waffensysteme bis hin zur aktuellen Bilanz (Rolnik) bzgl. CO₂-Output bzw. der Möglichkeiten seiner Reduktion.

Alle Videos der Vorträge sind online gratis verfügbar (siehe Links).



DER AUTOR

VAVBOT

tätig am CAIML (Center for AI and Machine Learning) an der TU Wien; the most typical person on Earth, 28.

Prompt: Schreiben Sie einen Kommentar (3.000–6.000 Zeichen) zu „Das Wiener Manifest für Digitalen Humanismus von Hannes Werthner“ für das Liga-Magazin.

DIE KERNFORDERUNGEN DES WIENER MANIFESTS FÜR DIGITALEN HUMANISMUS

- Digitale Technologien sollen so gestaltet sein, dass sie Demokratie und Inklusion fördern.
- Privatsphäre und Redefreiheit sind Grundwerte, die im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen sollen.
- Es müssen wirksame Vorschriften, Gesetze und Regeln festgelegt werden, die auf einem breiten Diskurs beruhen.
- Die Regulierungsbehörden müssen gegenüber Technologiemonopolen intervenieren.
- Entscheidungen, deren Folgen die individuellen oder kollektiven Menschenrechte betreffen können, müssen weiterhin vom Menschen getroffen werden.
- Wissenschaftliche Ansätze über verschiedene Disziplinen hinweg sind Voraussetzung, um die Herausforderungen zu meistern.
- Es bedarf einer Vision für neue Bildungsinhalte, die Wissen aus den Geistes-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften kombinieren.
- Universitäten sind der Ort, an dem neues Wissen erzeugt und kritisches Denken geschärft wird.
- Akademische und industrielle Forscher*innen müssen sich in einem offenen Dialog mit der Gesellschaft auseinandersetzen und ihre Ansätze reflektieren.
- Praktiker*innen auf der ganzen Welt sollen sich der gemeinsamen Verantwortung für die Auswirkungen der Informationstechnologien stellen.
- Die Ausbildung in der Informatik und die Bildungsarbeit über ihre gesellschaftlichen Auswirkungen müssen so früh wie möglich beginnen.

Links:

youtube.com/digitalhumanism-dighum.org/perspectives-on-digital-humanism (Videos Vorträge)
dighum.org/summerschool2023

Wien funktioniert. Tag für Tag.

Und das verdanken wir unter anderem dem erfrischenden Wiener Wasser - in einer Stadt, die mit einer funktionierenden Müllentsorgung und gepflegten Straßen, Parks und Plätzen immer sauber bleibt. Unser quellfrisches Trinkwasser schmeckt fantastisch und ist auch noch gesund. Informiere dich über die einzigartige Wasserqualität sowie die Sauberkeitsinitiativen.

Scanne den QR-Code und erfahre mehr: daseinsvorsorge.wien.gv.at



Arbeite auch du an der Versorgung: jobs.wien.gv.at



Stadt Wien

Nächster Halt: Dein Job mit Sinn.

Jetzt bewerben: karriere.oebb.at

100 OBB #RICHTUNGZUKUNFT
HEUTE. FÜR MORGEN. FÜR UNS.





INTERNATIONALES 

Ein Leben für die Menschen- rechte

CHRISTIAN REDER, RD FOUNDATION VIENNA,
IM INTERVIEW.

Menschenrechtsaktivist“ wäre im heute gängigen Vokabular wohl die Bezeichnung, mit der Christian Reder am treffendsten beschrieben werden kann. Seit an Seite mit seiner Frau Ingrid kämpft er seit Jahrzehnten für die Umsetzung von Menschenrechten. Ein wesentlicher Schwerpunkt: Afghanistan. Dieses Land hatte noch vor gar nicht so langer Zeit durchaus Perspektiven. Nach mehr als 40 Jahren Krieg ist es devastiert und die Zukunft schaut düster aus. Dennoch: Die Reders geben nicht auf. Und zeigen, dass man auch mit Einzelinitiativen etwas bewegen kann.

Trotz der anhaltend katastrophalen Zustände hört man zuletzt weniger aus und über Afghanistan. Der Ukraine-Krieg, aber auch andere Krisenherde „matchen“ sich sozusagen um die Schlagzeilen. Sie persönlich bleiben auf dem Thema drauf ...

Reder: Ja, weil ich mich Afghanistan besonders verbunden fühle und wir weiter enge afghanische Freunde haben – für mich und meine Frau eine lange persönliche Geschichte.

Womit wir bei den aktuellen Projekten wären, über die wir heute sprechen wollen: die „Afghanistan-Konferenz“, die im April auf Ihre Initiative in Wien abgehalten wurde, sowie die Übersetzung Ihres Buches über die Historie Afghanistans ins Persische.

Letzteres hat mich gewundert und gefreut. Es dürfte die erste Publikation zur afghanischen Geschichte aus dem Dialog zweier „Freigeister“ sein. Nun von kompetenten Helfern in Afghanistan akribisch ins Persische übersetzt, wurde das oft sehr kritische Buch in Teheran gedruckt, damit es im Exil und regional zumindest unter der Hand zugänglicher wird.

Es ist bewusst an der Biographie von Ali M. Zahma und an Gesprächen mit ihm orientiert (siehe Kasten S. 49). Für mich war er der Adorno von Afghanistan. Als Hazara zählte er zu einer unterdrückten Minderheit. Hazara sind meist Schiiten, was für Sunniten – die Taliban sind Sunniten! – ein weiterer Grund für Verfolgung bleibt. Zahma war ein unabhängiger Linker, der mit Kommunisten und Konservativen Konflikte hatte und dafür ins Gefängnis kam und gefoltert wurde.

Wie sind Sie auf ihn gestoßen?

Die schließlich nach Wien entkommene Familie Zahma – mit fünf Kindern, damals Teenager, die Mutter Hebamme und Krankenhausdirektorin – habe ich vor 40 Jahren in

INTERVIEW



den Flüchtlingslagern rund um Peschawar in Pakistan kennengelernt. Das Erscheinen unseres Buches im Jahr 2018 hat Ali M. Zahma gerade noch erlebt. Der Titel „Noch Jahre der Unruhe ...“ bezog sich noch nicht auf das Abzugsdrama mit dem plötzlichen Rückzug der Amerikaner. Aber 40 Jahre Krieg stimmten pessimistisch: Hoffnungen scheiterten immer wieder nach ein paar Jahren. Afghanistan wurde zum Exempel dafür, dass traditionelle Gesellschaften nicht militärisch, mit oft dubios eingesetzten Dollar-Milliarden und beidseitiger Korruption zu reformieren sind. Millionen besser Gebildeter flohen längst ins Ausland – ein ungeheurer Verlust. Die letzten kritischen Geister vertrieben jetzt die Taliban. Für alle Frauen ist die Lage katastrophal.

Aber wie konnte es so weit kommen?

Über Jahrhunderte war Afghanistan ein Durchzugsland an der Seidenstraße zwischen Zentralasien, Persien und Indien. Händler sorgten für lebhaften Austausch, was auch der ansässigen Bevölkerung nützte. Berichtet wird von weithin geschätzten Früchten, von Wein, der mit Freuden getrunken wurde. Damals waren diese Gesellschaften weltoffener als die in Europa, bis

sich die Region wegen kolonialer Bedrohung abschloss. Es gab aber immer wieder Reformphasen. In den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts waren junge Leute aus Europa zu Tausenden in Kabul, rauchten halbnaakt Haschisch und wurden nie feindselig aufgenommen. Kabul war eine westlich orientierte, moderne, lebenslustige Stadt. Davon war in den letzten Jahre wenig die Rede, grimmige Muslime und Mittelalter erschienen typischer.

Aber hat das nicht auch einen realen Hintergrund? Muss nicht auch eine gewisse Bereitschaft da sein, radikale rückschrittliche Ideologien zu akzeptieren?

Der Krieg begann 1978, bevor noch die Russen einmarschierten. Mehrere Generationen kennen nichts anderes. Mit Politik verbinden sie Krieg, Korruption, Misswirtschaft. Sie hören von Milliarden an internationaler Hilfe in falschen Kanälen, von der das Volk kaum etwas sah. In Städten gab es auch Sympathien für säkulare sozialistische Vorstellungen. Die verflüchtigten sich, als die Sowjetunion zusammenbrach und global keinen Rückhalt mehr bot. Manche Linke wurden Prediger – sozusagen als die „Dutschkes“ von uns. Der Islam wurde zunehmend als revolutionär und antiwestlich interpretiert, sich auf dessen volksnahe Grundsätze berufend. Das radikalisierte sich zum kriegerischen Islamismus, was auch



ZUR PERSON

Christian Reder

Geboren 1944 in Budapest, Projektentwickler und Essayist. Emeritierter Professor für Kunst und Wissenstransfer an der Universität für angewandte Kunst Wien. Leiter der 2011 gegründeten RD Foundation Vienna. Research, Development, Human Rights. 1980–1994 Leiter des Österreichischen Hilfskomitees für Afghanistan, das er mitbegründet hat.

mich sehr erschreckte – weil ich eben viele dieser Länder noch ganz anders erlebt habe. Kaum jemand hat die zunehmende politische Benützung von Religion vorausgesehen, die auch in den USA, in Russland wieder eine reaktionäre, aufklärungsfeindliche Rolle spielt – wie eskalierender Rassismus.

Der Status von Mullahs wurde dafür signifikant. Als ich in den 80ern einige Monate für afghanische Flüchtlinge in Pakistan gearbeitet habe, waren sie als politische Kraft nicht existent. Wie Mesner unterstützten sie bei Begräbnissen und Gebeten, aber nie so dominierend wie katholische Pfarrer im Dorf, die angeben, wo es lang geht. Dann sind sie zu Autoritäten aufgebaut worden. Dass das die alten – auch nicht sehr humanen – patriarchalischen Stammesregeln überlagern könnte, ergab sich erst allmählich. Unvermutet wurden unsere Mädchenschulen geschlossen, Kopftücher und Gebete vorgeschrieben.

Inwiefern haben sich diese Regeln von jenen der heute Herrschenden unterschieden? Und inwiefern waren sie unterdrückend?

Vor allem, weil Frauen bis auf jüngste Phasen aus der Öffentlichkeit ver-

Vienna Process
for a Democratic Afghanistan
Vienna-Office, Austria
transferprojektwtwk@gmail.com



THE SECRETARY-GENERAL

2 May 2023

Dear Signatories,

I wish to thank you for your letter dated 30 April 2023, voicing your concerns about developments in Afghanistan, particularly regarding the rights of women and girls.

I condemn, without reservation, the decisions of the Taliban to ban women from attending higher education and from working for non-governmental organizations, and, now, the United Nations. These decisions are a violation of the human rights of women and have grave humanitarian consequences. This message has been consistently conveyed to all interlocutors, including directly to the Taliban during the Deputy Secretary-General's recent visit to Afghanistan, at my request.

The United Nations is committed to supporting the engagement of the international community on the issue of Afghans.

Briefwechsel mit UNO-Chef
António Guterres

bannt waren. Sonst hat vieles passabel funktioniert. Jedes Dorf hatte eine Ratsversammlung, wo so lange diskutiert wurde, bis Gegenstimmen verstummten. Auf diese miterlebten Ansätze einer basisdemokratischen Gesinnung haben wir gesetzt. Im Krieg, durch Warlords und stets als Gegner gesehene Mächte in Kabul, ging das unter. Meine Freunde hoffen immer noch, dass diese kollektiven Traditionen erneuerbar sind. Aber in jeder Familie gibt es Tote, gibt es Vergewaltigte, Gefolterte, Ermordete ...

Und wie beurteilen Sie persönlich, sozusagen „von außen“, die Lage?

Mir war unvorstellbar, dass die Taliban nach ihrer Gewaltherrschaft wiederkehren. Aber offenbar blieben sie in vielen Dörfern als Ordnungsmacht präsent, trotz und wegen ihrer Brutalität. Die Unterschiede zwischen urbanen Bevölkerung sind oft krass – das haben wir allerdings woanders auch. Unter den Flüchtlingen, unseren bis zu 300 afghanischen Mitarbeitern, die Hälfte davon Frauen, kam es erst durch Druck von außen zu Verhaltensänderungen. Auch für Ali M. Zahmas Familie war nie ein Thema, dass sie Schiiten sind oder überhaupt gläubig, auch meine allfällige Religionszugehörigkeit nicht. Jetzt nutzen die Taliban Religion als Machtmittel, um jegliche Abweichung zu verfolgen.

Haben Sie irgendeine Vorstellung, wie man diese Taliban überwinden kann?

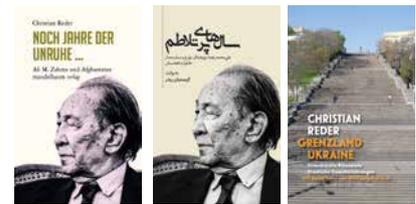
Von den zwei Milliarden als Muslime Geltenden sind vielleicht hunderttausend militant extremistisch – und bringen vor allem Muslime und Musliminnen um. Wichtig wäre, dass muslimisch orientierte Gesellschaften dagegen aufstehen. Die Taliban, das sind nicht die Taliban, sondern zerstrittene Gruppen. Das wäre auszunützen, um sie politisch auszunutzen. Man darf sie keinesfalls

anerkennen. Die Atommacht Pakistan wäre viel kritischer zu sehen; bezeichnend, dass die erste Taliban-Herrschaft nur Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate anerkannten. Irritiert hat das international kaum. Pakistan ist für mich das dubioseste Land überhaupt, völlig devastiert, chaotisch, vom Militär und dunklen Kräften regiert. Seine Koranschulen „exportierten“ tausende Taliban-Schüler, die nur den Koran auswendig lernen und meist Analphabeten bleiben. Mit ihren schwer bewaffneten Trupps sind sie jetzt kleine lokale Machthaber oder sogar Gouverneure und Minister. Eben deswegen suchen viele Afghanen im Exil neue Verbündete ...

... und da setzt auch die von Ihnen bzw. Ihrer Stiftung ermöglichte Konferenz „Vienna Process for a Democratic Afghanistan“ an?

Ja, hier konnten wir, meine Frau und ich, mit unserer Stiftung helfen. Mit der fabelhaften Unterstützung von Wolfgang Petritsch – dem besten Diplomaten, den ich kenne – und Afghanistans in Wien ausharrender Botschafterin der früheren Regierung, Manizha Bakhtari, ist manches gelungen. Es gab bisher zwei Konferenzen im Kreisky-Forum. Etwa 30 weither Angereiste verfassten Papiere über Frauenrechte und demokratische Perspektiven. Sie wollen wenigstens im Exil Gedanken an einen friedlichen Wiederaufbau bzw. Neuaufbau am Leben erhalten – als demokratische Hoffnungsträger und engagierte Frauen (Näheres dazu auf der Stiftungshomepage rd-foundation-vienna.org). Die aktuellste Fassung wurde an UNO-Chef António Guterres geschickt. Zu unserer großen Überraschung kam von ihm gleich eine Antwort, dass er unser Anliegen unterstützt (siehe Faksimile). Das bekam damit einen hohen Stellenwert. Auch mit der EU gibt es Kontakte, es gibt jede Menge vorsichtige Resonanz. Die

BUCHTIPP



„Noch Jahre der Unruhe ...“

Mandelbaum Verlag, Wien 2018.

Übersetzung ins Persische 2023

„Grenzland Ukraine“. Unterdrückte Potenziale. Drastische Gewalterfahrungen. Mandelbaum Verlag, Wien, 2022 (siehe Liga-Magazin 2/22)

ALI M. ZAHMA

1928 – 2018, geb. in Kandahar, Autor und Dichter, Professor für persische Literatur und Geschichte Afghanistans an der Universität Kabul, mehrfaches Lehrverbot, 1979/80 monatelange Inhaftierung, dann ständig überwacht Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1985 Flucht über Budapest nach Wien. Zahlreiche Buchpublikationen und Übersetzungen, die zum Teil nicht veröffentlicht werden durften oder verschollen waren, nun aber mit Unterstützung der RD Foundation Vienna neu herausgebracht werden.

Konferenz wurde deshalb Beginn eines Vienna Peace Process genannt.

Das heißt, eine kleine Konferenz in Wien hat Hoffnung erweckt, ein anderes Afghanistan zumindest im Kopf zu haben?

Die drei bis fünf Millionen aus Afghanistan in der Welt Verstreuten, viele bereits gut integriert, sind ein Potenzial für Exilkräfte, die bisherige Fehler vermeiden. Wobei man auf dem Boden bleiben muss. Es könnte zehn bis 20 Jahre dauern, bis sich Möglichkeiten ergeben. Dennoch: Erste Schritte sind getan!

Demokratie in Europa unter Beschuss

KI-generiertes Bild
zum Thema Demokratie



Demokratie und Menschenrechte gehen Hand in Hand. Dass wir das eine beschützen müssen, um das andere zu bewahren, versteht sich von selbst. Beides steht in Europa derzeit von verschiedenen Seiten unter Beschuss. Während in Staaten wie Ungarn und Polen gerade aktiv sowohl an Demokratie wie auch an Menschenrechten gesägt wird, müssen wir uns zur gleichen Zeit gegen eine weitere Gefahr von außen wappnen: den Versuch der Destabilisierung unserer Demokratie durch Dritte. Von Katar bis Russland: Die Demokratie, wie wir sie in Europa leben, ist für viele das Feindbild Nummer eins. Und es wird auf den verschiedensten Wegen versucht, diese zu zersetzen.

Ein naheliegendes Beispiel dafür ist Russland. Dass Putin nicht nur einen tatsächlichen Krieg in Europa,

sondern auch einen Krieg gegen die europäische Demokratie führt, ist nicht erst seit Februar letzten Jahres bekannt. Der Kreml sieht das europäische Projekt als Bedrohung für seine eigenen Ideologien und Machtbestrebungen und setzt alles daran zu destabilisieren, wo es nur geht. Dafür braucht es Verbündete. Damit ist er bei den rechten Parteien in Europa in offene Arme gelaufen.

Der „Kneissl-Knicks“ ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie nahe viele rechte Parteien dem Kreml und Putin stehen. Von Rassemblement National in Frankreich über die spanische Vox-Partei bis hin eben zur heimischen FPÖ-Finanzierung von Wahlkämpfen oder „Kooperationsabkommen“ – man muss nicht lange suchen, um Beweise für diese Verbindung zu finden. Umso relevanter ist es, diese Aktivitäten im Auge zu behalten, aufzudecken und entsprechende

Regeln zur Parteienfinanzierung zu beschließen, die eine Einflussnahme aus dem Ausland unterbinden.

Doch nicht nur in der EU, auch im westlichen Balkan, wo ein Großteil der Staaten aktiv nach einem EU-Beitritt strebt, versucht Russland seit geraumer Zeit, seine Einflussosphäre zu erweitern. Dieser Schritt lässt sich ganz logisch erklären – wo Russland seinen Einfluss ausdehnt, kann die EU keine Demokratie streuen. Dass das Mitmischen des Kremls in der Region über Verbündete wie Vučić oder Dodik sowie die orthodoxe Kirche aber verheerende Folgen für die Stabilität in der Region und die Menschen vor Ort hat, ist für Russland wohl eher zweitrangig. Es ist ein Teufelskreis – je mehr Einfluss Putin gewinnt, desto weiter entfernen sich die Staaten im Westbalkan von den notwendigen Reformen für einen EU-Beitritt, wie beispielsweise



im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Wichtig ist hier für die EU, sich nicht zurückzuziehen, sondern Erweiterungsversprechen einzuhalten und somit die gesamte Region auf einen europäischen Pfad zu bringen.

Gleichzeitig wird es für Russland, China & Co. durch die immer weiter fortschreitende Digitalisierung immer einfacher, sich subtil in den Diskurs in Europa einzumischen. Von polarisierenden Inhalten bis hin zu immer täuschend echter werdenden „Deepfakes“ und gezielter Wahlwerbung – die Mittel und Werkzeuge werden immer diverser und leichter zu bedienen. Dafür braucht es klare Regulierungen im Internet und mehr Übernahme von Verantwortung durch die Plattformbetreiber.

Zuletzt müssen wir uns aber auch in unseren eigenen Reihen umsehen – gezielte Einflussnahme auf Gesetz-



ZUR PERSON

Andreas Schieder

SPÖ-Delegationsleiter im EU-Parlament. Er beschäftigt sich in seiner parlamentarischen Arbeit mit Außen- und Verkehrspolitik sowie in den letzten Monaten auch intensiv mit der Einmischung in demokratische Prozesse in der EU aus dem Ausland.

gebungsprozesse durch Bestechung von Politiker:innen ist in Österreich oft kein Fremdwort.

Aber auch auf EU-Ebene hat uns zuletzt ein Korruptionsskandal ereilt. In diesem Fall waren Katar und Marokko involviert und nicht der Kreml, aber es zeigt ganz klar, dass die Einmischung von außen von überall kommen kann – von Moskau bis Doha. Auch diese Vorkommnisse haben wir im EU-Parlament gerade genauestens untersucht und entsprechende Gegenmaßnahmen, insbesondere für mehr Transparenz, vorgeschlagen.

Denn das ist es, was wir hier in Brüssel tun und womit wir auch in Zukunft nicht aufhören werden: einen Kampf für ein freies und demokratisches Europa zu führen. Nur so können wir die Rechte aller Menschen wahren und verteidigen.

Die internationalen Ligen

Ein Blick über den Tellerrand ist immer empfehlenswert. Im Fall der internationalen Menschenrechtsarbeit ist es ein echter 360°-Rundblick, da in jedem Land der Welt unterschiedliche Situationen vorzufinden sind. Wenn man auf die Arbeit der in der Internationalen Dachorganisation FIDH (Fédération Internationale pour les Droits Humains) vereinten Organisationen blickt, sind aktuell zwei Beispiele besonders hervorzuheben:

Der französischen Liga für Menschenrechte ist es beispielsweise gelungen, in einer historischen Gerichtsentscheidung vom 29.3.2023 eine Anklageerhebung gegen drei hochrangige Beamte des syrischen Regimes vor einem Pariser Strafgericht zu erreichen.¹ Den Angeklagten wird die Mitschuld an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angelastet, da sie in das Verschwindenlassen und die Folter von zwei französisch-syrischen Staatsangehörigen involviert sein sollen, die im November 2013 von Geheimdienstagenten der syrischen Luftwaffe am Flughafen in Damaskus festgenommen und inhaftiert wurden. Der Fall wurde im Oktober 2016 eingeleitet, als der Bruder und der Onkel der Opfer, die FIDH und die Ligue des droits de l'homme (LDH) mit Unterstützung des Syrischen Zentrums für Medien und Meinungsfreiheit (SCM) eine Beschwerde einreichten.

In Ungarn versuchen sich Teile der Zivilgesellschaft nach wie vor gegen den diskriminierenden Kurs der Regierung zum Umgang mit LGBTQI+-Personen zu wehren. Mittlerweile haben sie durch eine Klage

der EU-Kommission beim EuGH, die im Dezember 2022 eingebracht wurde, Rückenwind bekommen. Um andere Regierungen zu motivieren, sich dieser Klage anzuschließen, hat die ungarische Mitgliedsorganisation der FIDH, forbidden colours und Háttér Society, eine Petition gestartet, die auch die Liga unterzeichnet hat. Insgesamt 13.307 EU-Bürger:innen haben diese unterschrieben und 15 Mitgliedstaaten traten der Klage bei. Dies sollte ein starkes Zeichen der europäischen Zivilgesellschaft für die ungarische Regierung sein, dass die europäischen Bürger:innen über die Grenzen hinweg vereint zusammenstehen, wenn es um die

1) <https://www.fidh.org/en/region/north-africa-middle-east/syria/syria-dabbagh-case-french-justice-orders-the-trial-of-ali-mamlouk> [Zugriff: 4.5.2023]

2) <https://www.fidh.org/en/> [Zugriff: 4.5.2023]



Beschneidung grundlegender Menschenrechte geht.

Bei aller Unterschiedlichkeit bemühen sich die Mitgliedsorganisationen der FIDH dennoch, auch vereint Stellung zu beziehen, und dank internationaler Koordinationsarbeit entstehen gemeinsame Stellungnahmen und Positionspapiere, die in all der Unterschiedlichkeit ihrer Spezialisierungen auch in eine gemeinsame Richtung weisen, wenn grundlegende Menschenrechtsthemen verhandelt werden. So organisiert die FIDH auf europäischer Ebene die Teilnahme möglichst vieler Organisationen am Rechtsstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission und andere gemeinsame Stellungnahmen zu aktuellen Themen – auf der Website der FIDH² gibt es diese und noch mehr aus dem internationalen Menschenrechtsgeschehen.

#brusselsnews:

Warum wählen? Menschenrechte und das Europäische Parlament

Es ist nur mehr ein knappes Jahr: Zwischen 6. und 9. Juni 2024 sind alle EU-BürgerInnen dazu aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament (EP) zu wählen.

Dabei geht es für uns alle nicht nur darum, unser Wahlrecht auszuüben, sondern auch darum, die Arbeit der EU demokratisch zu legitimieren und eine Richtung für die nächsten fünf Jahre vorzugeben.

Da es mir oft so vorkommt, als ob die Arbeit des EP als eher undurchsichtig wahrgenommen wird, möchte ich hier versuchen, einen Einblick in seine Tätigkeit zu geben:

Als drei Prioritäten werden der Schutz der Grundrechte in der EU, die Förderung der Menschenrechte über die EU hinaus und die Stärkung der Demokratie auf der ganzen Welt proklamiert. Aber womit befasst sich das Parlament konkret und wer ist dafür eigentlich zuständig?

Die tägliche Arbeit des EP findet in Ausschüssen statt, davon gibt es etwa 30 mit einigen Unterausschüssen. Primär mit der Arbeit im Bereich Menschenrechte sind dabei der Unterausschuss Menschenrechte (DROI) und der Ausschuss Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) zuständig. Aber auch andere Ausschüsse befassen sich mit Legislativvorschlägen, die für die Wahrung der Menschenrechte relevant sind. In diesen Ausschüssen wird zu Gesetzesinitiativen der Kommission eine Verhandlungsposition ausgearbeitet, die als Grundlage für Verhandlungen mit den Co-Gesetzgebern dient.

Aktuelle Vorschläge mit direkten Auswirkungen auf die Menschenrechte gibt es einige. Über das EU-Lieferkettengesetz wurde bereits viel berichtet und es wurde auch im Liga-Magazin bereits behandelt, ich möchte daher einige andere beispielhaft erwähnen:

- > Ende letzten Jahres wurde eine Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels vorgelegt, die einen stärkeren Schutz der Betroffenen erzielen soll. Die Bearbeitung durch das EP hat gerade erst begonnen, aber wir hoffen natürlich auf einen raschen Abschluss der Verhandlungen.
 - > Bereits vor etwa einem Jahr hat die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt vorgeschlagen. Das EP hat bereits vorab die Kommission wiederholt aufgefordert, neben dem Beitritt der EU zur Istanbul-
- Konvention eine umfassende EU-Richtlinie zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auszuarbeiten.
- > Auf eine Entschliebung des EP geht ein rezenter Vorschlag zur Anerkennung der Elternschaft gleichgeschlechtlicher Paare zurück. Bereits 2021 wurde dies vom EP gefordert und Ende letzten Jahres wurde ein solcher konkreter Vorschlag nun endlich durch die Kommission vorgelegt.

Das sind natürlich nur einige wenige Beispiele, aber ich hoffe, dass die Arbeit des Parlaments dadurch greifbarer und das Interesse für weitere Recherchen vor der Wahl geweckt wurde.



ZUR PERSON

Valerie Gruber

Studium der Rechtswissenschaften und der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien, Masterstudium International Relations an der University of Edinburgh, UK. Ab 2018 Arbeit im Bereich „Bekämpfung des Menschenhandels“ im Außenministerium. Seit 2020 bei der Industriellenvereinigung, erst im Bereich Arbeit, Soziales & Gesundheit mit Fokus auf Anti-Diskriminierung und zurzeit im Büro in Brüssel. Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte.



Alle haben zugeschaut

DER MENSCHENRECHTSAKTIVIST CLAUS-PETER REISCH ÜBER
DIE SITUATION IM MITTELMEER



Claus-Peter Reisch mit syrischen Kindern, Türkei 2023

Im Juni 2018 hast du als Kapitän eines Schiffes der Mission Lifeline 235 Menschen, die im südlichen Mittelmeer in Seenot geraten sind, das Leben gerettet. Dem Schiff wurde tagelang die Landung in einem europäischen Hafen verwehrt. Du wurdest damals in Malta verhaftet, erst zwei Jahre später freigesprochen. Was hat sich seither an der Situation nach Europa flüchtender Menschen verändert?

Claus-Peter Reisch: Die Situation hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert, die Europäische Union

tut nichts, um diese Menschen zu retten. So hat man nichts, aber auch überhaupt nichts unternommen, um die 700 Menschen auf dem libyschen Boot zu retten. Man wusste, das Boot ist in Seenot, die Griechen haben das gesehen und auch Frontex, alle haben zugeschaut. Und dass die Hilfsschiffe zum Teil erst ausgelaufen sind, nachdem das Boot gekentert ist, das ist ja wohl das Allerletzte.

Was wäre zu tun? Wie sollen wir mit den Menschen umgehen, die nach Europa möchten?

Ich denke, dass Europa gut beraten wäre, nicht die Einreise nach Europa im wahrsten Sinn des Wortes zu bekämpfen, sondern dafür zu sorgen, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesen Ländern, aus denen die Menschen weggehen, verbessern. Man kann nicht nur billig Rohstoffe in Ländern einkaufen und dann glauben, damit wäre alles gut. Und solange man die Fluchtursachen nicht ändert, werden sich die Menschen auf den Weg machen, von den kriegesischen Auseinandersetzungen mal ganz abgesehen.

Wie beurteilst du die Absicht der Europäischen Union, Lager außerhalb der Grenzen zu errichten und dort Schnellverfahren durchzuführen? Wird es weniger Tote im Mittelmeer geben?

Ich bin nicht davon überzeugt, dass das die Menschen abhalten wird. Warum will man diese Lager installieren? Man spricht da zum Beispiel von Tunesien, das hat doch nur den einzigen Grund, dass man keine europäischen Maßstäbe anlegen muss. Die Menschenrechte werden in der EU, dem Friedensnobelpreisträ-

ger, mittlerweile mit Füßen getreten, zumindest was die Migranten und Flüchtlinge betrifft.

Wie siehst du zukünftige Entwicklungen? Hast du die Hoffnung, dass die Menschen auf der Flucht künftig humanitäre Hilfe bekommen?

Ich habe nicht den Eindruck, dass sich was zum Besseren bewegt hat, im Gegenteil, die Repressionen gegen private Seenotretter sind mehr geworden und die Abschreckungstaktik von Frontex und den Anrainerstaaten hat zugenommen. Ich bin der Überzeugung, so traurig es auch ist, dass das nicht das letzte Schiff war, das mit so vielen Menschen untergehen wird. Und dann wird man genauso betroffen sein, wie man jetzt betroffen ist.



ZUR PERSON

Claus-Peter Reisch

wurde 2018 mit dem Menschenrechtspreis der Liga für Menschenrechte ausgezeichnet. Die Organisation „Claus-Peter Reisch – Hilfe für Menschen in Not“ bereitet syrische Kinder in Flüchtlingslagern auf die Schule vor, Spenden für ein weiteres rollendes Klassenzimmer werden erbeten.

Spendenkonto:
DE87 7209 0000 0002 2983 76
VR Bank Augsburg-Oberallgäu

Weitere Informationen:
claus-peter-reisch.com



HUMANOMED ZENTRUM ALTHOFEN
KUR & REHABILITATION

Umfassende Kompetenz unter einem Dach



Unter dem Dach des Humanomed Zentrums Althofen befinden sich folgende Einrichtungen:

Kur & GVA | Dialyse | Orthopädische Rehabilitation | Lungen Rehabilitation
Stoffwechsel Rehabilitation | Onkologische Rehabilitation | Herz/Kreislauf Rehabilitation

Humanomed Zentrum Althofen und  Humanomed Bleiberggerhof**** - KÄRNTEN

Moorweg 30, 9330 Althofen - KÄRNTEN | T: +43 (0)4262 2071-0 | www.humanomed.at | Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 & QMS-Reha®

Der **Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)** ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem **kraftvollen Mitwirken** an der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen **Weiterentwicklung Österreichs**, zur Wahrung der in der Verfassung verankerten **Rechtsstaatlichkeit** unseres Landes in einem sozialen Europa, zur **Bekämpfung des Faschismus** sowie zur Mitarbeit an der **Sicherung der Menschenrechte** berufen und verpflichtet.

Auszug aus unseren Statuten (§ 3 Aufgaben, Abs. 1)

Dafür brauchen wir dich!

Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker.

Werde jetzt Mitglied:

oegb.at/mitgliedwerden

ÖGB



Die Liga ruft auf

„GABLITZ HILFT!“: BITTE UNTERSTÜTZEN SIE KINDER IM SYRISCHEN FLÜCHTLINGSLAGER ATAMA.

Engagierte Gablitzer:innen sind seit 2015 im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig. Von Deutschkursen über die Begleitung bei Behördenwegen bis hin zur Ausrichtung von Festen soll ein guter Start in der Region und ein friedliches Miteinander ermöglicht werden. Für die Arbeit ist der Verein „Gablitz hilft!“ als „Ort des Respektes, Niederösterreich“ ausgezeichnet worden.

Im Dezember 2020 startete der Verein ein neues Projekt im Atama-Camp, einem großen Flüchtlingslager in Syrien, nahe der türkischen Grenze. Atama ist ein nordsyrisches Dorf, direkt an der Grenze zur Türkei. Das dort angesiedelte Flüchtlingslager Olive Tree Camp ist seit Oktober 2011 Auffangstation für syrische Flüchtlinge, die beim Grenzübertritt in die Türkei gescheitert sind. 2013 lebten über 20.000 Menschen in diesem Lager, heute sollen sich laut türkischen Schätzungen rund zwei Millionen Flüchtlinge in und um Atama aufhalten. In Zusammenarbeit mit syrischen Vereinsmitgliedern und deren Verwandten, die in Atama leben, gelang es dem Verein „Gablitz hilft!“, einen Kindergarten und eine Schule zu organisieren.

Im Jahr 2021 konnte das Kinderhaus GAataMO – und damit das erste Montessori Kinderhaus in Syrien – eröffnet werden. Der Unterricht in Pädagogik für die Lehrer:innen vor Ort erfolgt online von Österreich aus in arabischer Sprache. Die Kinder werden in einer altersgemischten Gruppe, Mädchen und Buben gemeinsam, betreut. Derzeit besuchen mehr als 180 Kinder das Kinderhaus



und die Schule. Aufgrund der beengten räumlichen Situation werden die Schulkinder am Nachmittag unterrichtet. Für sie fehlen noch die Geldmittel für eine Versorgung mit Essen, was besonders notwendig wäre. Die Situation in der Region hat sich durch die Erdbebenkatastrophe noch einmal massiv verschärft. Viele Familien aus dem Umland des Camps, deren Dörfer komplett zerstört sind, haben sich in das Lager geflüchtet.

Die unkomplizierte Hilfe ohne Umwege und Bürokratie ist „Gablitz

HELFFEN SIE MIT! WERDEN SIE PATE ODER PATIN!

Das Projekt finanziert sich über freiwillige Spenden und Patenschaften. Wir garantieren, dass alle Gelder direkt bei den Kindern ankommen. Für einen Kindergartenplatz werden 300 Euro pro Jahr benötigt. Das beinhaltet die Betreuung von morgens bis 14 Uhr an fünf Tagen in der Woche und die Versorgung mit zwei Mahlzeiten. Für einen Schulplatz sind es 600 Euro im Jahr.

Eine Jahrespatenschaft kostet Sie 25/50 Euro pro Monat und Sie helfen damit einem Kind ein Stück weit in eine bessere Zukunft.

Kontakt:

Team „Gablitz hilft – Flüchtlingshilfe“,
Gemeinnütziger Verein,
ZVR: 282022996
Hauptstraße 37b/8, A-3003 Gablitz
Erste Bank,
IBAN: AT03 2011 1828 5223 6800

Alle Spenden sind steuerlich absetzbar!

hilft!“ ein besonderes Anliegen. Das Team sorgt tagtäglich für eine direkte Verbindung zwischen Österreich und Syrien und ist auch vor Ort im Kinderhaus und in der Schule im Einsatz.

team@gablitz.net
gablitzhilft.wordpress.com/
facebook.com/gablitzhilft

Das Team von „Gablitz hilft!“ sorgt dafür, dass die Spenden dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden: bei den Kindern.



AUS DEM BUCH

„Der Krieg näherte sich seinem Ende. Die Gewissheit unserer Niederlage machte uns sicher. Wir wussten, dass wir bald sterben würden, aber die Angst war



von uns gewichen. Dafür war eine wütende und zugleich heitere Verzweiflung über uns gekommen. Da nun unser Volk vor der Auslöschung stand, mochte die Welt ruhig untergehen. Unsere Stadt war gefallen, drei Monate lang hatten sie die Bomben zermalmt. Wir waren einige Tausend, welche über die feindlichen Linien hinweggelangt waren und sich nun im Buschwald den dort schon früher untergekommenen Leuten von uns angeschlossen hatten. Die Eroberer hatten sich eines verwüsteten Ruinenhaufens bemächtigt. Dort hauste ein verstörtes Völkchen von Alten und Verwundeten, die nicht flüchten konnten. Als der Hunger stärker war als die Angst, kamen sie aus ihren Kellern, um Krümel zu erbetteln. Von Leid gezeichnete Augen blinzelten ins Licht, die zitternde Hand streckte sich aus, hin zu den fremden Soldaten. Jämmerliche Haltung der Besiegten, Elend, Unterwerfung. Die Leute in der Stadt, das waren erloschene Hunde mit zahnlosen Mäulern. Wir, hier draußen, waren wilde Tiere, die nur lebten, um den Tod zu empfangen oder zu geben. Für uns ging es nur noch darum, den Feind für seinen Sieg möglichst teuer bezahlen zu lassen.“

Aus: Joan-Claudi Forêt, Roman. Aus dem Okzitanischen übersetzt und kommentiert von Fritz Peter Kirsch, Löcker, 2023



„Die Hölle und ihre Blumen“

DER ROMAN DES OKZITANISCHEN AUTORS JOAN-CLAUDI FORÊT IST EIN ZEITDOKUMENT.

Vorweg eine Warnung. Der Roman ist keine leichte Sommerlektüre, sondern versetzt einen unmittelbar in die Szenerie eines verlorenen Krieges, über dessen Schrecknisse auf schonungslose Weise berichtet wird. Die Ich-Erzählung eines siebzehnjährigen Kämpfers scheint zunächst in der Hölle des Tschetschenienkriegs 1999 bis 2000 angesiedelt zu sein, doch die Schilderung seines Überlebenskampfes gewinnt mit Fortlauf der Handlung an bestürzender Aktualität. Forêt legt die psychische Dynamik eines Opfers und gleichzeitig unbarmherzigen Täters offen, der sich an grausamen Vergeltungsaktionen beteiligt und im Grunde nur überleben möchte. In der größten Düsternis des Krieges erschließt ihm ein Freund die Welt der Botanik, die Schönheit der Natur und die Sehnsucht nach Liebe werden zur tröstlichen Paral-

lelwelt. Nun wendet der Autor einen Kunstgriff an, indem er die Szenerie in das südliche Frankreich verlegt und dem Stoff peu à peu eine weitere Dimension gibt.

Da verschanzen sich Guerillakrieger in der Landschaft des nördlichen Languedoc, und Forêt erinnert an den Überlebenskampf der okzitanischen Kultur gegen das zentralistische Frankreich, vergegenwärtigt die Massaker im Hochmittelalter und die Unterdrückung einer Minderheit mitten im heutigen Europa.

Joan-Claudi Forêt ist einer der bedeutendsten okzitanisch schreibenden Autoren, die nun vorliegende Erstübersetzung des 2015 erschienenen Romans berührt die großen Themen unserer Zeit: Krieg, Menschenrechte und die Zerstörung der Natur.

Vos vau parlar d'un país que vòl viure ...

Worauf sich der Inhalt des Romans „Die Hölle und ihre Blumen“ bezieht.

So wie der okzitanische Sänger Claudi Marti sein gleichnamiges Lied (dt.: „Ich will euch von einem Land erzählen, das leben will“) aus den 1960er-Jahren anstimmt, will dieser Text die Geschichte des Okzitanischen skizzieren, das nach Jahrhunderten der Repression zu einer Minderheitensprache im Süden Frankreichs mit – je nach Studie – einigen Hunderttausenden von Sprecher*innen verkommen ist.

Das Okzitanische, das seit dem 9. Jhd. n. Chr. als eigene Sprache gilt, bildete sich aus dem Vulgärlateinischen heraus; allerdings blieb es in Sprachstruktur und Wortschatz weitaus näher am Lateinischen als etwa das Französische. Im Mittelalter verbreitete sich das Okzitanische durch die Lyrik der Troubadoure und faszinierte Schriftsteller – von den Minnesängern bis hin zu Dante Aligheri – in ganz Europa. Richard Löwenherz etwa verfasste Texte in seiner okzitanischen Muttersprache. Ebenso verfügte das Okzitanische als erste romanische Sprache über „Grammatiken“, damals Regelwerke der Dichtkunst.

Eine Verbindung der Machtinteressen des französischen Königs sowie des Papstes führte nicht nur zu den Kreuzzügen gegen die – vermeintlich häretischen – Katharer bzw. Albigenser (1209 bis 1229), sondern auch zur Annexion des Südens durch (Nord-)Frankreich und den Niedergang der dort ansässigen progressiven Gesellschaft.

Doch das Okzitanische war trotz der Pariser Herrscher weiterhin im gesamten südlichen Drittel Frankreichs verbreitet. Erst die Französische Revolution sowie später die Einführung der Schulpflicht (1881/1882) läuteten

das Sterben des Okzitanischen ein, denn seither wurde Französisch zur Nationalsprache hochstilisiert und autochthone Sprachen wurden sozial abgewertet, obwohl 1904 Frédéric Mistral's okzitanischsprachiges Epos „Mirèio“ (Mireille) den Literaturnobelpreis erhielt.

Im 20. Jhd. wurde der Unterricht sowie die limitierte mediale Verwendung des Okzitanischen sowie anderer Minderheitensprachen ermöglicht, doch auf weitere politische Zugeständnisse wartet man vergeblich, denn der französische Verfassungsgerichtshof wehrt diese mit Verweis auf das Verfassungsprinzip der Unteilbarkeit der Nation meist ab.

Während das Okzitanische heute im Piemont über den Status einer anerkannten Minderheitensprache ohne jegliche politische Unterstützung verfügt, gilt es im nordkatalonischen Val d'Aran als kooffizielle Amtssprache neben Katalanisch sowie Spanisch und wird offiziell wie auch privat verwendet.

Zahlreiche Akteur*innen aus Kultur und Politik, Vereine sowie die Sprecher*innen engagieren sich allen Hürden zum Trotz, um das Okzitanische in Zukunft am Leben erhalten zu können. Unterstützung erhalten sie hierbei aus dem



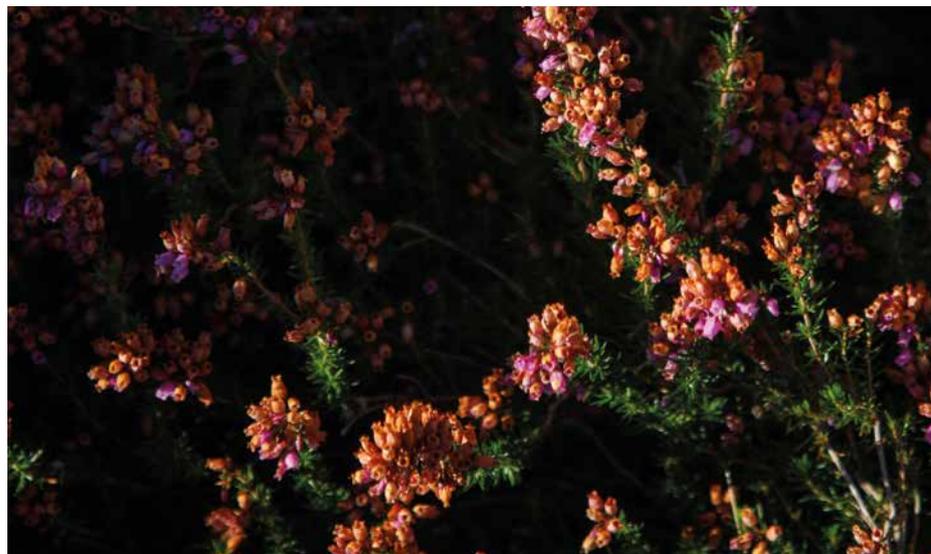
ZUR PERSON

Alexander Sigmund

Studium der Romanistik und Germanistik mit (sozio-)linguistischem Schwerpunkt (Universität Wien). Seit 2015 als Lehrer für Französisch und Deutsch sowie seit 2019 als Lehrbeauftragter für Okzitanisch am Institut für Romanistik der Universität Wien tätig. Seit 2011 wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Okzitanischen sowie mit Minderheitensprachen in Frankreich.

Ausland (von Europa bis in die USA oder Japan), wo sich zahlreiche Forscher*innen an Universitäten mit dieser jahrhundertealten, lebendigen Sprache beschäftigen.

KOMMENTAR



BUCHTIPP

**DIGITALE ETHIK. EIN WERTESYSTEM FÜR
DAS 21. JAHRHUNDERT**
SARAH SPIEKERMANN

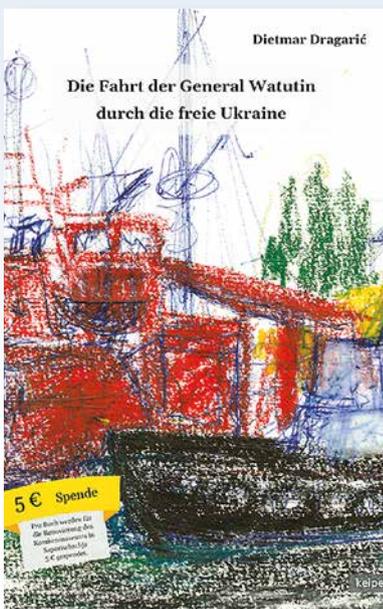
Immer mehr Menschen fragen: Was macht die Digitalisierung mit mir und meinem Leben?

Apps schicken uns unaufgefordert Informationen zu, Google-Rechner steuern unsere Autos, Sprachassistenten bestellen im Restaurant. Die Wiener Professorin für Wirtschaftsinformatik, Sarah Spiekermann, erforscht die ethischen und sozialen Implikationen von künstlicher Intelligenz. Die Expertin für ethische Technik-Entwicklung plädiert für ein Werte-System, das auf Selbstbestimmung setzt, anstatt Menschen zu passiven Empfängern von Digitalisierung zu machen. Spiekermann fordert ein radikales Umdenken: „Wir brauchen eine Technik, die uns dient, statt uns zu beherrschen, wir müssen versuchen, den Wert zu entdecken, der mit Technik geschaffen werden kann Und das ist nicht Geld, nicht Effizienz, nicht Gewinnmaximierung. Sondern Zufriedenheit, Freundschaft und Wissen.“ Technologie sollte nach ethischen Standards zertifiziert werden, das gesellschaftskritische Sachbuch Spiekermanns ist ein Plädoyer für Freiheit und Menschenrechte im Zeitalter der Digitalisierung.

Droemer Verlag, München 2019



BUCHTIPP



DIE FAHRT DURCH DIE FREIE UKRAINE
DIETMAR DRAGARIĆ

Können Sie sich vorstellen, eine Stadtrundfahrt in Saporischschja zu machen und anschließend das Kosakenmuseum zu besuchen? Gemächliche Flusstage auf dem Kreuzschiff „General Watutin“ entlang des Dnipro zwischen Cherson und Kiew zu verbringen? Als die Ukraine in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar 2022 überfallen wird, erinnert sich der Historiker Dietmar Dragarić an eine besondere Rundreise, die er 2013 unternommen hatte. Der Reisebericht, den er unmittelbar nach Kriegsbeginn zu schreiben beginnt, ist eine berührende Beschreibung eines freien Landes, ein Memorial für die Ukraine und ihre Menschen. Wer in dem Buch blättert, hält inne. Dragarić nimmt uns mit auf eine Zeitreise in ein von Geschichte gezeichnetes Land und ergänzt seine historischen Erläuterungen mit zahlreichen Fotos, die uns einen letzten Blick auf eine besondere europäische Kulturlandschaft gewähren.

Die Landesstelle Steiermark der Liga unterstützte 2021 die Gründung der Ukrainischen Liga für Menschenrechte, bisher konnten zahlreiche Hilfsaktionen im Oblast Lemberg durchgeführt werden.

edition keiper, Graz 2023

Gesammelt um jeden Preis!

EIN WIENER MUSEUM BESCHÄFTIGT SICH MIT SEINER GESCHICHTE.

Provenienzforschung ist komplex, denn sie beschreibt, auf welchen Wegen und auf welche Weise Gegenstände und Kunstobjekte zu ihren heutigen Eigentümer:innen gekommen sind. Die durch Akten und Dokumente rekonstruierten Verbleibsgeschichten sichtbar zu machen ist dem Volkskundemuseum Wien in einer aktuellen Ausstellung eindrucksvoll gelungen. Erstmals werden die Vorgeschichte und der Ablauf von Restitution gezeigt – von der Beschaffung unter dem NS-Regime über die museale Nutzung bis hin zur Rückgabe von Objekten. Damit wird auch ein Teil der Geschichte des Hauses in der Laudongasse erzählt. Das Volkskundemuseum verpflichtete sich 2015 als private Institution freiwillig dazu, nach dem Kunstrückgabegesetz zu agieren, da sich in seinen Beständen zahlreiche Objekte befanden, die ihren einstigen Eigentümer:innen

**Pfeife „Hekdor“
(19. Jh.) aus der
Sammlung von
Anna und Konrad
Mautner,
1938 inven-
tariert**



abgepresst oder geraubt worden waren. Besonders deutlich ist diese Vorgehensweise anhand der Sammlung Mautner dokumentiert.

Die großbürgerliche Textilindustriellenfamilie Mautner war an heimatkultureller Forschung interessiert, und finanziell als auch durch Objektspenden mit der musealen Volkskunde verbunden: Ländliche Gegenstände und Praktiken sollten vor der Industrialisierung und Urbanisierung bewahrt, verbessert oder neugestaltet werden. Im Mittelpunkt der Tätigkeit standen das Sammeln und Forschen von Konrad Mautner (1880–1924) und die praktische Umsetzung in der Trachtenerneuerung durch Anna Mautner (1879–1961). Ab 1938 wurde die jüdische Familie verfolgt und musste flüchten. Auf Initiative der damaligen Museumsleitung wurde die Privatsammlung der Mautners beschlagnahmt und weit unter dem Wert angekauft. Darunter befanden sich Forschungsunterlagen, Bekleidung und Trachtenabbildungen, Schützenscheiben, Liedtexte, Möbel, Pfeifen und Pfeifenköpfe sowie Fotografien vom „Volksleben“, vor allem aus dem Salzkammergut.

In der nun sorgfältig kuratierten Ausstellung ist der mittlerweile res-

AUSSTELLUNG

Warum Objekte durch den Nationalsozialismus ins Museum kamen und wie wir damit umgehen. Volkskundemuseum Wien, 1080, Laudongasse 15–19. Die Ausstellung ist bis 26. November 2023 zu sehen. Begleitprogramm: volkskundemuseum.at/gesammelt_um_jeden_preis

**Haubenstock (19. Jh.) aus der
Sammlung von Anna und Konrad
Mautner, 1938 inventarisiert**



**Pantoffeln mit Goldstickerei,
(vmtl. 19. Jh.) aus der Sammlung von
Georg Popper, 1939 inventarisiert**

tituierte Bestand der Sammlung zu sehen, der dem Museum schließlich geschenkt wurde, allerdings mit dem Wunsch der Erb:innen, die Sammlung der Öffentlichkeit und der Wissenschaft zugänglich zu machen. Die rund 500 gezeigten Objekte und deren Provenienzzgeschichte stehen als Beispiel für gewaltvolle museale Objektakquise, wie sie in Diktaturen, kolonialen Machtverhältnissen oder auch in Kriegen bis heute stattfindet.





Impressum

Herausgeberin und Medieninhaberin

Österreichische Liga für Menschenrechte, Barbara Helige, Rahlgasse 1/26, 1060 Wien

Chefredaktion

Andrea Helige, Marion Wisinger

Redaktionelle Mitarbeit

Adela Schneider, Angelika Watzl

Autor*innen dieser Ausgabe

Dietmar Dragarić, Karin Fehr, Valerie Gruber, Julia Haas, Andrea Helige, Barbara Helige, Florian Horn, Bianca Kämpf, Reinhard Klaushofer, Andreas Kranebitter, Doron Rabinovici, Martin Schenk, Andreas Schieder, Adela Schneider, Angelika Watzl, Andreas Wimmer, Marion Wisinger

Lektorat & Koordination

Domus Verlag, Lilo Stranz
office@domusverlag.at

Graphisches Konzept & Umsetzung

Domus Verlag, Alin-Gabriel Varvaroi

Verlags- & Herstellungsort

Wien

Druck

Druckerei Bösmüller, Wien/Stockerau

Produziert mit freundlicher Unterstützung der RD Foundation

RD Foundation Vienna

Research | Development | Human Rights
Gemeinnützige Privatstiftung



#deineStimme
für mehr Vorteile

AK-Leistungskarte

OOE.ARBEITERKAMMER.AT





Umdenken Umgestalten Neu Erfinden

Dies ist unsere Revolution für eine positive Zukunft.

Für den Planeten und das Leben aller erfinden wir
essentielle Ressourcen für ein nachhaltiges Leben neu.

Als weltweit führender Anbieter fortschrittlicher und nachhaltiger Chemikalien- und Materiallösungen unterstützen wir unsere Kunden dabei, sich in Richtung Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität zu entwickeln. Unsere Innovationen und Partnerschaft bedeuten Fortschritt für alle.

 **BOREALIS**

Keep Discovering

Österreichische Post AG SP 02Z034168 S
Österreichische Liga für Menschenrechte
1060 Wien, Rahlgasse 1/26



ISSN 0025-9616

